

Vorwärts

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 3,00 M. monatlich, 1,10 M. wöchentlich, 24 M. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisklasse. Unter Bezugnahme für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 M. für 4-5 Uebers Ausland 3 M. für 6-8 Uebers Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Nummern 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 20 Pf. für kleine Anzeigen 10 Pf. für die ersten 5 Zeilen (zweites 20 Pf. jedes weitere Wort 10 Pf.). Sonstige Anzeigen bis 10 Pf. jedes weitere Wort 5 Pf. für die nächsten 5 Zeilen 15 Pf. für die nächsten 10 Zeilen 20 Pf. für die nächsten 15 Zeilen 25 Pf. für die nächsten 20 Zeilen 30 Pf. für die nächsten 25 Zeilen 35 Pf. für die nächsten 30 Zeilen 40 Pf. für die nächsten 35 Zeilen 45 Pf. für die nächsten 40 Zeilen 50 Pf. für die nächsten 45 Zeilen 55 Pf. für die nächsten 50 Zeilen 60 Pf. für die nächsten 55 Zeilen 65 Pf. für die nächsten 60 Zeilen 70 Pf. für die nächsten 65 Zeilen 75 Pf. für die nächsten 70 Zeilen 80 Pf. für die nächsten 75 Zeilen 85 Pf. für die nächsten 80 Zeilen 90 Pf. für die nächsten 85 Zeilen 95 Pf. für die nächsten 90 Zeilen 1 M. für die nächsten 95 Zeilen 1 M. 10 Pf. für die nächsten 100 Zeilen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1953.

Mittwoch, den 22. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1954.

Die Vorgänge im Saarrevier.

Aus Saarbrücken wird uns geschrieben:

Die Blamage der M.-Gladbacher Gewerkschaftsstrategen ist vollständig. Die auf dem Standpunkt der „Berliner“ stehende „Saarbrücker Volkszeitung“ hat behauptet, die Redakteure des Gewerkschaftsorgans „Saarpost“ hätten von Anfang an gewußt, daß der Streikbeschuß nicht ernst gemeint gewesen sei. Trotzdem hätten die „christlichen“ Gewerkschaftssekretäre in der radikalsten Weise für den Streik Stimmung gemacht und die ganze Saargebietbevölkerung in Aufregung gebracht. Da die „Saarpost“, wie feststeht, ausgeprägtes Publikationsorgan der „Christlichen“ ist und die Effert, Imbusch, Staeger und Genossen das Blatt regelmäßig informierten, trifft diese die Anklage der „Volkszeitung“, in einer bislang in der deutschen Arbeiterbewegung unerhörten Weise die Öffentlichkeit über die wirkliche Bedeutung eines angeblichen Streikbeschlusses wochenlang irreführt zu haben. Die „Saarpost“ bestreitet das; die „Volkszeitung“ hat sich bereit erklärt, ihre Behauptung an Gerichtsstelle zu beweisen! Es stehen also nette Enthüllungen über die „Taktik“ der M.-Gladbacher „Christenführer“ in Aussicht.

Da auch die meisten sogenannten „liberalen“ Zeitungen anlässlich des vorjährigen Ruhrgebietstreiks sich die Argumente der Streikbruchorganisatoren zu eigen gemacht haben, wird es die breite Öffentlichkeit interessieren, wie das Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsvereins der Vergarbeiter über die Bewegungen an der Saar und an der Ruhr referiert. Der Redakteur des Hirsch-Dunderschen Organs ist der sich zur fortschrittlichen Volkspartei zählende Sekretär Franz Schmidt. Herr Schmidt war voriges Jahr fortgeschrittlicher Reichstagskandidat für Duisburg. Bei der Stichwahl empfahl er Stimmabgabe für den rechtsnationalliberalen Herrn Dr. Vöttger gegen Hengsbach. Dadurch ist Schmidt als ein Politiker legitimiert, der ernstlich nicht in den „Verdacht“ sozialistischer Gesinnung kommen kann. Schmidt weilt auch im Saargebiet und schreibt nun in seinem Blatt (Nr. 3 vom 18. Januar):

Im Ruhrrevier waren alle Vergarbeiterorganisationen zu den Vorbereitungen eingeladen und auch erschienen. Daß die den Streik führenden drei Organisationen, alter Verband, Polen und Unter Gewerkschaften, der sogenannte „Dreibund“, bestrebt waren, den Stroh gegen die Besenbesen zu vereinen, ist allgemein bekannt. Die Gewerkschaften zu führen, bewiesen sie dadurch, daß sie am 12. Oktober 1911 beschlossen, die Bewegung zu vertagen bis die von den Christlichen gegen eine Bewegung angeführten Argumente (Marxismus, der Tripolitkrieg, die noch nicht klaren Verhältnisse im englischen Bergbau — Minimallohnbewegung —, die bevorstehenden Reichstagswahlen und die noch nicht günstig genug stehende Konjunktur) ausgeräumt seien. Die sehr gerade die Dreibundsführer bestrebt waren eine einheitsliche Bewegung zustande zu bringen, zeigt auch die Tatsache, daß sie nach einer Vertagung der Bewegung zugestimmt hätten, wenn sich die christlichen Sekretäre am 6. Februar 1912 zu einer gemeinsamen Herausgabe eines Flugblattes belassen hätten, ein Vorschlag, der von den Polen ausging. Als sie auch dafür nicht zu haben waren, mußte angenommen werden, daß sie eine Bewegung überhaupt nicht mitmachen wollten. Im Saargebiet haben die Christlichen von vornherein alle anderen Organisationen ausgeschaltet. Ja noch mehr. Sie beschloffen auch in der Konferenz, in der sie den Streik beschloffen, die anderen Organisationen kaltzustellen.

Im Ruhrbezirk waren 50 bis 60 Proz. der Vergarbeiter, die für einen Streik in Frage kamen, organisiert, und im Saargebiet hatten die Christlichen noch nicht 15 Prozent organisiert. Trotzdem wollten sie die Bewegung allein machen und die anderen Organisationen kaltstellen.

Im Ruhrbezirk wurde ohne Kündigung in den Kampf getreten, weil nach Ansicht der Führer eine Kündigung nicht möglich war. Die Christlichen an der Saar ließen durch die Vertrauensleute von 7000 Vergarbeitern für 50000 Mann Delegatschaft die Kündigung einreichen, also auch für die, die sich entschieden gegen einen Streik wehrten. Eine solche Massenaktion findet weder im Vergarbeitsgesetz noch in der Arbeitsordnung eine Unterlage. Wären die Saarvergarbeiter am 2. Januar in den Streik getreten, wie die Christlichen das beschloffen hatten, so wären sie bis auf wenige Ausschlußmitglieder, die für sich gekündigt hatten, kontraktbrüchig. Das wußten auch die christlichen Führer, trotzdem erklärten sie stolz, die Öffentlichkeit solle sehen, daß die Bewegung von einer Organisation geführt werde, die auf Geiz und Grei halte. Und als die königliche Vergarbeitsdirektion auf die Ungeheuerlichkeit der Kündigung hinwies, da waren es die christlichen Führer, die bezweifelten, daß die Arbeitsordnung überhaupt zu Recht bestünde, da man sie den Arbeitern gegen ihren Willen aufgebrängt habe. Im Ruhrbezirk hätte dann aber auch eine solche nicht zu Recht bestanden, da sie auch dort den Arbeitern aufgebrängt worden ist. Trotzdem bekämpften die Christlichen die Dreibundsführer, daß sie die Arbeit hatten unter Kontraktbruch niederlegen lassen.

Damit sind einige wesentliche Unterschiede zwischen dem Verhalten der „Dreibundsführer“ an der Ruhr und dem der

„Christenführer“ an der Saar gut hervorgehoben. Der Vergleich lehrt, daß die im vorigen Frühjahr fast von der gesamten bürgerlichen Presse als „kluge“, „überlegende“, „weitsichtige“ Gewerkschaftsaktivisten über den grünen Klee gerühmten „christlichen“ Gewerkschaftsführer aus der M.-Gladbacher Schule, sofern sie ihren Beschluß am 15. Dezember überhaupt ernst gemeint haben, nicht einmal von dem ABC einer überlegenen Gewerkschaftsaktivisten eine blasse Ahnung haben. Bei einer Organisationsstärke von nur 15 Proz. der in Frage kommenden Arbeiterschaft beschließen sie nicht nur die Arbeitseinstellung „für die Gesamtbevölkerung“, sondern legen von vornherein alles darauf an, um die für eine erfolgversprechende Lohnbewegung notwendige Einigung aller Arbeiter geradezu zu hintertreiben. Das ist der Grund für die ablehnende Haltung des Fiskus, der ja bemerkte, wie blödsinnig, ja frivol die „überlegenden“, „stürmerproben“, „berühmten“ Gewerkschaftsstrategen die Sache anfaßten. Für diesen Blödsinn, für diese allen gesellschaftlichen Erfahrungen und Grundsätzen ins Gesicht schlagende Frivolität ist aber nicht etwa nur der Generalstab des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins der Vergarbeiter, die Effert, Behrens, Imbusch und Konforten verantwortlich, sondern die Obersten des „christlichen Gesamtverbandes“, die Herren Giesberts, Stegerwald und Schiffer gehören mit dazu, was nicht übersehen werden darf. Hat doch der Beauftragte des „Gesamtverbandes“ am 15. Dezember der Delegiertenkonferenz erklärt, der Zentralvorstand des Gesamtverbandes billige den Streikbeschuß, und den Arbeitern wurde auch finanzielle Hilfe seitens des Zentralvorstandes in Aussicht gestellt. Das der Minister Sydow am 11. Januar im Landtag über die lächerlich-blödsinnige, unverantwortlich frivole Sache im Saargebiet vom Standpunkt des triumphierten Fiskus ausführte, traf nicht nur den, wie Genosse Liebnecht konstatierte, wie „ein begoffener Pudel“ dahinstehenden Imbusch, sondern ebensosehr den übermenschen großen „Gewerkschaftsaktivisten“, den „herrlichen Sohn von Straelen“, Herrn Johann Giesberts und seine Genossen im „christlichen“ Zentralvorstand.

Von dem, was Herr Sydow ausführte, interessiert den Gewerkschafter vorzüglich die Feststellung, daß die „christlichen“ Gewerkschaftsstrategen, genau so wie der „Vorwärts“ bereits mitgeteilt hat, schon vor dem Tage des Streikbeschlusses (15. Dezember) alles das „erreicht“ hatten, was sie am 29. Dezember den Vergarbeiterdelegierten als „wichtige Erfolge“ aufreden wollten und damit die Empörung der Betrogenen auslösten! Die heillos blamierten Gewerkschaftsstrategen haben den beispiellosen Mut, angesichts des völligen Fiascos ihrer „Aktion“ denjenigen, die sich keine taube Ohr für einen gefüllten Geldsack aufreden lassen wollen, der „Verleumdung“, des „Reides“ auf die „großen Erfolge des Gewerkschaftsvereins“ zu bezichtigen. Daß absolut kein Anlaß zum „Reid“ vorliegt, hat nun derjenige ausdrücklich konstatiert, der es am besten wissen muß, nämlich der oberste fiskalische Vergarbeitschef, Herr Sydow. Er erklärte am 11. Januar laut Stenogramm im Landtag:

Dann hat am 28. Dezember die Revidiertenkonferenz des christlichen Gewerkschaftsvereins

stattgefunden, und es ist den Herren, die den Streik in Gang gebracht hatten, mit einigem Bemühen gelungen, wieder abzulassen; mit einigem Bemühen, — wenigstens ist es ihnen nach dem, was in den Zeitungen gestanden hat, nicht ganz leicht gelungen. Ich will das Verdienst der Herren hieran gar nicht gering anerkennen, wenn ich auch etwas kritischer sein muß, nämlich, daß sie sich ihren Leuten gegenüber so hingestellt haben — sie mußten es vielleicht — als hätten sie wunder was erreicht. (Abg. Imbusch: Das haben wir auch!) — Gewiß, es freut mich, daß Sie mit dem zufrieden sind, was Sie erreicht haben. (Abg. Dr. Liebnecht, zum Abg. Imbusch: Das haben Sie verdient!) — Weiterkeit) Sie haben genau das erreicht, was Ihnen die Vergarbeitsverwaltung vor dem 15. Dezember konzidiert hat, und das hätten Sie billiger haben können.“

Grausamer sind wohl noch nie abgebrühte Demagogen als bewußte Verräter ihrer bedauernswerten Nachläufer an den Pranger gestellt worden, wie die mit ihrer „Überlegenheit“ und „erfolgreichen Tätigkeit“ prahlenden Gewerkschaftsstrategen. „Gar nichts haben Sie erreicht!“ ruft ihnen mit stoisch-ironischen Randbemerkungen der Mann zu, dem ja das kompetente Urteil über diese Angelegenheit zusteht. Vor bald einem Jahre hat Sydow im Landtag das „nationale“ Verhalten der Giesberts, Stegerwald, Behrens, Imbusch und Genossen beim Ruhrstreik hoch gepriesen unter dem lebhaften Beifall aller am Kapitalprofit Interessierten. Jetzt sagt ihnen ihr ministerieller Vöner, sie hätten an der Saar „wie der alte Verband“ agitiert, ihr wortreichster Stabstumpeter Effert — der im März 1912 schnell herbeieilte, um sich auch als Streikbrecherorganisator mit „Ruhm“ zu bedecken — habe Ausdrücke gebraucht, „die dem Rotesten aller Roten“ Ehre machten! Und gar nichts anderes hätten die Ruhrredigen

erreicht, als was ihnen, bevor sie den Streikbeschuß fassen ließen, schon zugesagt gewesen sei! Die ganze „Bewegung“ sei aufzufassen als ein mit den gewagtesten Mitteln unternommener Versuch, die wegen des Streikbruchs im Ruhrgebiet eingetretene Massenflucht der Mitglieder wieder weit zu machen! Es war ein treffendes Wort des Genossen Liebnecht, als er dem wie ein begoffener Pudel dahinstehenden Imbusch zurief: „Das haben Sie verdient!“ Sowohl, doppelt und dreifach hat er und seine Kumpane die ihnen von dem Fiskusvertreter applizierten Freischießhiebe verdient. Jammerlich, daß die Sünde der Streikbruchorganisation sich nun rächt an den armen, gedrückten und betrogenen Vergarbeitern. Es ist ein schwacher Trost, daß jetzt eine unbeschreibliche Verwirrung im „christlichen“ Lager an der Saar herrscht und waffenhaft dem Gewerkschaftsverein die Mitglieder verloren gehen. Wenn er ganz zusammenbricht, so ist das die beste Erleichterung für die von ihm frivol betrogenen und schwer geschädigten Arbeiter. Aber einstweilen können sie in der brillanten Konjunktur zusehen, was ihnen die Grubenbesitzer gnädigst zukommen lassen. Und dann hat erst der Streikbruch im Ruhrgebiet und die Streikbeschluskomodie im Saargebiet den guten Glauben vieler Tausender Arbeiter an die Gewerkschaftskraft in der beklagenswerften Weise ins Wasser gebracht. Dadurch haben die Interessenten der Grubenkapitalisten eine Förderung erfahren, für die die Herren den „stürmerproben“ „christlich-nationalen“ Gewerkschaftsstrategen eigentlich auf den Steinen danken sollten.

Die Desertion der Fortschrittler.

Die offiziellen Berichte über den preussischen Parteitag — und andere gibt es nicht — sind merkwürdig kurz gehalten; aber der Eindruck ist wohl allgemein, daß die preussischen Fortschrittler ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie unter der Bedingung der Gegenseitigkeit schroff abgewiesen haben. Die preussischen Fortschrittler wollen nicht mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei den Kampf fürs gleiche Wahlrecht aufnehmen, sondern mit dem verächtlichen preussischen Nationalliberalismus eine Gesellschaft zur gegenseitigen Mandatsicherung bilden. Das ist die Taktik, die Herr Fischbeck vorgeschlagen und die der Parteitag schließlich akzeptiert hat.

Dies Verhalten der preussischen Fortschrittler hat sicher nichts Ueberaschendes und am wenigsten sollten sich darüber jene linksliberalen Blätter wundern, die dem Phantom eines Gefamtsliberalismus nachjagend, das Bündnis mit den Nationalliberalen nicht nur nicht bekämpft, sondern als einziges Heilmittel angepriesen haben, sehr im Gegensatz zu der Haltung, die einst Theodor Barth eingenommen hatte, der sehr gut wußte, daß in diesem Bündnis nicht die Nationalliberalen fortschrittlicher, sondern die Fortschrittler nationalliberal, preussisch nationalliberal würden. Wer mit den Herren Friedberg und Schiffer politische Geschäfte machen will, der muß sich eben ihren Geschäftsbedingungen fügen. Das weiß Herr Fischbeck und deshalb ist die selbstverständliche Bedingung der Gegenseitigkeit, die die Sozialdemokratie gestellt hat, für ihn plötzlich ein laudinisches Joch, unter das sich dieser Stolz niemals beugen will. In Wirklichkeit erlauben eben die preussischen Nationalliberalen ihren Freunden vom Fortschritt nicht, auch nur bei den Stichwahlen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Was unter diesen Umständen von der fortschrittlichen Wahlrechtsbegeisterung zu halten ist, hat ja noch vor dem Parteitag Herr Potthoff seinen Parteigenossen ins Stammbuch geschrieben.

Das „Berl. Tagebl.“, das diese fortschrittliche Haltung mißbilligt, irrt aber sehr, wenn es auch der Sozialdemokratie einen Teil der Schuld glaubt zuschieben zu können, falls eine Stichwahlvereinbarung nicht zustande kommen wird. Das Blatt klagt darüber, daß unser Preurentag die Bedingung gestellt habe, daß die fortschrittlichen Wahlmänner, wenn wir für die Fortschrittler eintreten, sich schriftlich zur Wahl unseres Kandidaten verpflichten müssen. Es meint, eine solche Verpflichtung könnten abhängige Personen, zum Beispiel Volksschullehrer auf dem Lande nicht eingehen; sie würden sonst gemahregelt. Ganz recht und gerade dieser Einwand zeigt, wie notwendig unsere Bedingung war!

Diese Bedingung gilt wohl gemerkt nur für Kreise, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist. Sollen wir in solchen Kreisen für den fortschrittlichen Abgeordneten stimmen, so müssen wir sicher sein, daß die fortschrittlichen Wahlmänner für unsere Kandidaten stimmen. Diesem Verlangen haben die Herren Fortschrittler gewöhnlich entgegengehalten, ihre Leute seien zu abhängig, sie könnten darauf nicht eingehen. Wir sollten also für sie unter Verzicht auf jede Gegenleistung stimmen. Das gibt's eben nicht. Die Kreise, die da schließlich in Betracht kommen können, sind nicht allzu zahlreich. Und da ist es wahrhaftig kein unbilliges Verlangen, wenn wir fordern, daß die Fortschrittspartei für diese Kreise sich Wahlmänner aussucht, die unabhängig genug sind, für uns zu stimmen, damit dann nicht bei der Wahl zwar der Fortschrittler mit uns, er Hilfe gewählt wird, unser Kandidat aber durchfällt. Wir wären gern bereit gewesen, dem Fortschritt bei der Suche nach

solchen Bahnmännern zu helfen; zu finden wären sie in den Kreisen, auf die es ankommt, schon leicht gewesen. Aber der Fortschrittspartei fehlt eben der gute Wille und deshalb bezeichnet sie das Selbstverständliche, Billige, ja einzig Anständige, die Erfüllung der Gegenseitigkeit, als laubnissches Joch.

Uns kann's schließlich recht sein und wir werden in der Agitation sicher nicht ermangeln, die Volksmassen auf den neuen Beweis hinzuweisen, daß die einzige Partei, die es mit der Eroberung des gleichen Rechtes ernst nimmt, die Sozialdemokratie ist. Zur Klärung wird das fortschrittliche Verhalten gewiß viel beitragen und auch dazu, den Entschrittenen in Preußen es recht ins Bewußtsein zu hämmern, daß der Wahlrechtskampf nicht durch das Wählen unter dem Dreiklassenwahlrecht, sondern durch die Volksbewegung selbst entschieden werden wird.

Aber auch die bisherigen Anhänger der Fortschrittspartei werden; out tun, recht kritisch über die Taktik ihrer Partei nachzudenken. Das Verhalten bei den Reichstagswahlen hat das liberale Renommee der Fortschrittspartei über Gebühr gehoben. Man darf nun nicht vergessen, daß die Schichten, die beim gleichen Wahlrecht die Entscheidung geben, andere sind als die, auf die die preussischen Fortschrittler beim Dreiklassenwahlrecht rechnen. Diese Wähler, die meist der zweiten und ersten Wählerklasse angehören, sind im Grunde ihres Herzens wirklich mehr nationalliberal, und der preussische Landtagsfortschritt ist deshalb von jeher dem berüchtigten Kommunalfortschritt ähnlich gewesen wie ein Ei dem andern. Aber auch bei der Reichstagswahl entschlossen sich die Führer nur unter dem Druck der äußersten Mandatsnot dazu, der Sozialdemokratie die Gegenseitigkeit zuzugestehen. Und wie schlecht hat vielfach und gerade in Preußen ein Teil ihrer Wähler diese Bedingung eingehalten! Wenn jetzt die Herren über unsere Bedingungen jammern, so sind das elende Ausflüchte. Sie kehren damit zu ihrer alten Taktik zurück und fordern, wir sollen sie gegen die Reaktion herausheben, selbst wenn sie als Schrittmacher der Reaktion gegen uns stimmen. Wenn die Herren meinen, daß wir auf diesen Leim kriechen werden, dann täuschen sie sich gründlich.

Der Beschluß der preussischen Fortschrittspartei macht diese Partei zu einem Anhängel der preussischen, also der reaktionärsten Spielart des Nationalliberalismus. Die Herren können sich darauf verlassen, daß wir uns danach einrichten werden.

Die Balkankrise.

Der Friede gesichert?

Wien, 21. Januar. Die „Neue Freie Presse“ läßt sich aus Konstantinopel melden: Der Friede ist gesichert. Der Ministerrat hat vorbehaltlich der Bestätigung durch den Sultan beschlossen, grundsätzlich eine der vorliegenden friedlichen Lösungen anzunehmen. Die Entscheidung wird am Donnerstag fallen.

Eine befriedigende Antwort.

Konstantinopel, 21. Januar. Sowohl die Sprache der türkischen Blätter als die Erklärung jener Mitglieder der Regierung, die mit der Diplomatie in Verbindung stehen, zeigen, daß man eine die Mächte befriedigende Antwort auf die Kollektivnote erwarten darf. Das Finanzministerium hofft, die Gehälter der Beamten bis Donnerstag auszahlen zu können, was darauf hindeutet, daß man damit rechnet, durch eine befriedigende Antwort einen Vorstoß von der Banque Ottomane erhalten zu können.

Der große Rat.

Konstantinopel, 20. Januar. Trotz der offiziellen Communiqués ist der Tag der Zusammenkunft der beratenden Versammlung noch nicht endgültig festgesetzt. Da der Ministerrat morgen zusammentreten soll, könnte die Versammlung erst übermorgen stattfinden. Die ratgebende Versammlung wird im Palais unter dem Vorsitz des Großwesirs tagen und es werden an ihr die meisten Senatoren, die Präsidenten der Sektionen des Staatsrats, die Unterstaatssekretäre, die Sektionschefs der Ministerien für Justiz, Krieg und Marine und einige Direktoren des Departements der Kulte teilnehmen. Das Beamtenelement scheint vorherrschend zu sein. Soweit bisher bekannt ist, werden die bisherigen Großwesire und ehemaligen Minister der jungtürkischen Kabinette nicht eingeladen werden.

Uham bekämpft den Plan des Zusammentritts einer ratgebenden Versammlung und meint, derartige Divans seien vor dem verfassungsmäßigen Regime möglich gewesen, heute würde eine derartige Versammlung ungesetzlich sein und die Regierung von ihrer Verantwortung nicht entheben.

Die türkische Finanznot.

Konstantinopel, 21. Januar. Wie verlautet, hat das Finanzministerium mit der Banque Ottomane ein Vorabgeschick in Höhe von 250 000 Pfund zur Auszahlung der Beamteneingehälter für einen Monat abgeschlossen. Die Bank habe unter ihren Bedingungen nachträglich die Forderung aufgestellt, daß ein Funktionär der Bank darüber zu wachen habe, daß das Geld ausschließlich zur Bezahlung der Gehälter verwendet werde. Die Regierung habe ihre Zustimmung erteilt. Im letzten Augenblick sei jedoch aus Paris die Weisung gekommen, den Vorstoß nicht auszuführen. Das gleiche Veto habe Frankreich jüngst entgegengesetzt, als es sich um den mit der Verwaltung der Zeugnisse, einer französischen Unternehmung, abgeschlossenen Vorabvertrag handelte, die als Gegenleistung die Verlängerung der Konzession um 25 Jahre erhalten sollte. Auch eine mit der Verlängerung der Konzession der Tabakregie verbundene Anleihe dürfte dasselbe Schicksal haben.

Erneuerung des griechischen Angriffs.

Athen, 21. Januar. Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Bericht aus Sanistelis vom 20. Januar: Der allgemeine Angriff wurde heute auf der ganzen Front aufgenommen. Die griechische Artillerie begann den Kampf um 8 Uhr früh und setzte das Feuer bis um 6 Uhr abends mit ausgezeichnetem Erfolge fort. Die Artillerie von Bitani schoß nach 11 Uhr nur noch sehr schwach gegen den rechten Flügel der Griechen; das Artilleriefeuer im Zentrum wurde nicht erwidert. Darauf folgte der allgemeine Angriff, durch den der Feind von den Höhen bei Pessani vertrieben wurde. Die Griechen besetzten Vozzeffi, während sich die Türken in Unordnung in der Richtung auf Bitani zurückzogen. Gleichzeitig rückte der linke Flügel gegen die Höhen von Manoliava vor.

Ferner veröffentlicht der Kriegsminister eine Depesche des Generals Capundakis aus Emmagha von 10 Uhr morgens: Wir haben den Angriff fortgesetzt und die

Höhen im Norden von Vozzeffi und Vetschana mit unbedeutenden Verlusten besetzt. Der Feind zog sich in großer Unordnung und mit schweren Verlusten zurück. Es sind jetzt von uns ein Hügel zwischen Fiat Bey und Bezani, die Forts im Norden des Dorfes Vetschana auf die Ebene von Janina zu und außerdem die besetzte Höhenstellung von Njos Nicola besetzt. Bei den Operationen herrschte starker Sturm und es regnete heftig.

Die Kriegsgreuel.

London, 21. Januar. Unterhaus. Der Unionist Walter Guinness fragte den Staatssekretär des Auswärtigen Grech, ob er die türkische Regierung ersuchen wolle, ihre Einwilligung zu geben, daß ihre Erklärung über die angeblich von den Balkanverbündeten während des Krieges begangenen Grausamkeiten veröffentlicht werde? Grech antwortete verneinend und sagte: Die Veröffentlichung von Erklärungen oder Darstellungen fremder Regierungen sei Sache dieser Regierungen selbst und nicht der britischen. Guinness fragte darauf weiter, ob Grech die Konsularberichte veröffentlichen wolle, die er über die im Balkankriege begangenen Verbrechen und Gewalttätigkeiten empfangen habe. Auf diese Frage erwiderte Grech: Während des türkisch-italienischen Krieges wurde ich aufgefordert, Konsularberichte über angebliche Grausamkeiten unter der türkischen Verwaltung in Mazedonien zu veröffentlichen und Auskunft über angebliche Ausschreitungen in Tripolis zu geben. Ich war damals nicht in der Lage, diese Wünsche zu erfüllen und ich glaube, heute dasselbe Verfahren beobachten zu müssen. Solche Berichte werden, soweit sie begründet zu sein scheinen, zur Kenntnis der Regierungen gebracht, die gegenwärtig diese Gebiete beherrschen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Januar 1913.

Bürgerliche Sozialpolitik.

Aus dem Reichstag, 21. Januar. Je mehr die Sozialpolitik des Reichs in allen wichtigen Fragen versagt, um so eifriger sind die bürgerlichen Sozialpolitiker in unverbundlichen Redensarten und keinen Geschenken. Das zeigte sich im Reichstag wieder einmal am Dienstag. Zur Beratung stand der Etat des Reichsamts des Innern. Hierzu lag der Antrag der Budgetkommission vor: den Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der durch die sogenannte Valorisation herbeigeführten künstlichen Verteuerung des Kaffees entgegenzuwirken. In der Sache selbst sind alle Parteien einig. Die Valorisation besteht darin, daß in Brasilien der Kaffee aufgekauft und, wenn nötig, zurückgehalten wird, um den Preis des Kaffees hochzuhalten. Der Reichstag nahm denn auch den Antrag einstimmig an. In der Begründung des Antrages entrißte sich der Zentrum Abgeordnete Raden gewaltig über den Wucher, den die Kaffeeproduzenten in Brasilien durch die künstliche Verteuerung des Kaffees treiben. Genosse Molkenbühr erinnerte den übereifrigen Herrn daran, daß das Zentrum im Verein mit den Konservativen und Nationalliberalen alle Lebensmittel durch die Wucherzölle rücksichtslos verteuert und sich so eines nicht weniger schlimmen Wuchers schuldig gemacht hat, als es der Wucher mit dem verteuerten Kaffee ist. Ja, unser Redner rechnete den Zentrumseuten, Konservativen und Nationalliberalen vor, daß sie bei der sogenannten Finanzreform durch den Kaffeestoll dazu beigetragen haben, den Kaffeepreis auf die Wucherhöhe zu treiben.

Auch in der Förderung der Seefischerei sind alle Parteien des Reichstags einig. Hier fühlte sich der konservative Abgeordnete v. Böhendorff-Kölpin berufen, sein sozialpolitisches Licht leuchten zu lassen. Er konnte gar nicht genug Worte machen über den unendlichen Segen, den ein möglichst großer Ertrag unserer Seefischerei für die Ernährung des Volkes haben werde. Ihm antwortete Genosse Roske mit dem Hinweis auf den Deringstoll, der gewiß nicht dem Volke zum Segen gereicht, den aber die Konservativen gar zu gerne erhöhen möchten. Bekände die Ansicht, daß unsere Seefischerei wirklich in absehbarer Zeit einen bedeutend größeren Ertrag liefern könnte, dann wären die Konservativen sicher gegen die Förderung der Seefischerei, um den Fleischwucher aufrecht zu können. Genosse Herten schilderte, wie die kleinen Fischer in ihrem Gewerbe durch die Behörden gehemmt werden, während den großkapitalistischen Fischereigesellschaften das Geschäft möglichst erleichtert wird. Die kleinen Fischer werden für jedes geringe Vergehen schwer bestraft. Nach der dritten Strafe wird ihnen die Fischereiberechtigung entzogen. Wenn sie dann in ihrer Not dem Raubfischfang nachgehen und dabei abgefaßt werden, kommen sie ins Zuchthaus.

Die deutschen Seemannsheimen im Auslande unterliegt das Reich mit 2 000 M. Das ist den bürgerlichen Parteien zu wenig. Sie wollen für die nächsten Jahre eine höhere Unterstützung haben. Dies begründete der nationalliberale Abg. Pastor Meyer-Serford, indem er rühmte, daß die Seeleute in den Seemannsheimen aufs Beste aufgehoben seien. Ihm stimmten mehr oder weniger eifrig die Redner der anderen bürgerlichen Parteien zu. Genosse Henke stellte fest, daß solche Einrichtungen in der Tat notwendig seien, wenn sie ohne jede Nebenabsicht geleitet werden. Letzteres sei aber nicht der Fall. Die jetzigen Seemannsheimen seien den Wuchern ausgeliefert und werden zu deren Zwecken und zum Nutzen der Schiffsherren mißbraucht. So lange die Seemannsheimen nicht vor diesem Mißbrauch geschützt werden, können die Sozialdemokraten sie nicht unterstützen. Diese Erklärung rief zwar eine große Entrüstung bei den bürgerlichen Parteien und den Regierungen hervor, jedoch konnte keiner der Herren die Ausführungen unseres Redners widerlegen.

Zum Schluß wurde die Reblausfrage eingehend besprochen. Darüber herrschte Einstimmigkeit, daß das Reblausgesetz nicht den erhofften Erfolg gehabt hat. Es lagen zwei verschiedene Anträge vor. Gemeinsam ist beiden Anträgen, daß eine Sachverständigenkommission zur Beratung der Frage eingezogen werde. Die Sozialdemokraten wollten aber von der Kommission geeignete Vorschläge zur Änderung des Reblausgesetzes haben, während die Nationalliberalen das Gesetz unangeführt lassen wollten. Die Genossen Dr. Weill und Dr. David wiesen nach, daß bei der großen Gefahr ein entschiedenes Vorgehen notwendig sei. Trotzdem wurde der Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Fortschrittlichen Volkspartei abgelehnt und dann der Antrag der Nationalliberalen einstimmig angenommen.

Mißglückte Kriegshehe.

Das Abgeordnetenhaus begann am Dienstag nach Verabschiedung des Moorhüttengesetzes die zweite Sitzung des Etats. Beim Etat der Lotterieverwaltung machte Abg. Diederich

Hahn seinem gebrängten Herzen Luft darüber, daß die Verwaltung gegen den Kollektiv- und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Held nicht eingegriffen ist, obwohl seit Jahren bekannt sei, daß er sich nicht einwandfrei benommen habe. In die Debatte, die sich schließlich zu einem Wortgeplänkel zwischen den Herren Dr. Hahn und Dr. Friedberg ausweitete, griff auch Gen. Hoffmann ein, einmal um das Untersetzen des Lotteriespiels zu geheln, sodann aber auch, um unter verständnisvoller Heiterkeit der Linken Herrn Hahn zu verstehen zu geben, daß es ihm wohl weniger um die Sache als um den Kampf gegen einen politischen Gegner zu tun sei. Uebrigens soll, wie der Vertreter der Regierung erklärte, die Untersuchung im Falle Held eingeleitet sein.

Der Etat der Generalordenskommission gab dem Genossen Liebnecht Gelegenheit, in farschlicher Weise den sich über die preussischen Staatsbürger in immer stärkerer Form ergehenden Ordnungsregeln zu glosieren.

Beim Etat des Disziplinarhofes nahm sich Liebnecht warm der Beamten an, indem er die Neuordnung des gesamten Beamtenrechtes, vor allem aber einen besseren Schutz für die unteren Beamten forderte.

Einen Vorstoß zur Scharfmacherung der Regierung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik unternahm dann bei dem Titel „Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten“ der Nationalliberale vom Rath. Nachdem er erst die Friedensliebe und Friedenspolitik des deutschen Volkes gepriesen, legte er dann der Regierung dringend nahe, doch die wirtschaftlichen Auslandsinteressen Deutschlands nachdrücklich wahrzunehmen. Sei schließlich der Krieg unvermeidlich, so werde das deutsche Volk für seine wirtschaftliche Existenz auch energisch die Waffen führen. Genosse Liebnecht fuhr den nationalliberalen Scharfmachern kräftig in die Parade. Er wies die an die Adresse der Regierung gerichteten Behauptungen namens der Volksmassen entschieden zurück und kennzeichnete die wirtschaftlichen Interessen, für die sich Herr vom Rath ins Zeug gelegt, als die Privatinteressen gewisser Kapitals- und Bankgruppen, als die Interessen des in seiner Profitjagd doch so internationalen Anononkapitals! Das Volk wolle den Frieden und fordere von der Regierung eine auf die Erhaltung des Friedens gerichtete auswärtige Politik. Die Kriegshehe interessierter Kapitalistenkreise aber sei um so frivoler und provozierender, als sie zusammenfalle mit dem Scharfmacher-geschrei nach Volksentzückung und Anbeißgehehen.

Die Antwort der emsigenen Hurratrioten war äußerst matt. Auch ward ihnen keinerlei Hilfe von anderer Seite, dagegen eine Absage des Freisinns zuteil.

Landtagswahl in Lippe-Deimold.

In Lippe-Deimold haben gestern und heute Landtagswahlen stattgefunden. Gewählt wird nach dem Dreiklassensystem. Gestern wurden die Wahlen der dritten Klasse vollzogen, die bisher im lippeischen Landtag durch einen Sozialdemokraten, einen Christlichsozialen und fünf Liberale vertreten war. Fest gewählt wurden gestern ein sozialdemokratischer, ein fortschrittlicher und ein christlichsozialer Abgeordneter. Die übrigen vier Abstimmungen blieben unentschieden, so daß in vier Bezirken eine Stichwahl stattfinden muß, und zwar stehen sich bei allen vier Stichwahlen sozialdemokratische und fortschrittliche Kandidaten gegenüber. Wie schon dieses Ergebnis zeigt, hat unsere Partei bei der Wahl in der dritten Klasse gut abgeschnitten. Tatsächlich hat sich seit der letzten Wahl ihre Stimmzahl um fast 100 Proz. vermehrt.

Heute fanden die Wahlen der zweiten Klasse statt. Gewählt wurden zwei Liberale, ein Freikonservativer und vier Konservative. Da bisher die zweite Klasse durch zwei Liberale und fünf Konservative im Landtag vertreten war, hat sich nichts geändert; doch ist der freisinnige Führer Dr. Neumann-Hofer, der bekanntlich auch Mitglied des Reichstages ist, nicht wiedergewählt worden.

Morgen wählt die erste Klasse.

Das Bezierenspiel mit der neuen Heeresvorlage.

Eine angeblich offiziöse Korrespondenz behauptet, daß bei den maßgebenden Stellen von einer neuen Heeresvorlage nicht das mindeste bekannt sei. Es sei nur ein Nachtragsetat für die Militärflugschiffahrt zu erwarten. Weder für die fehlenden dritten Bataillone noch für Maschinengewehrkompanien sei ein Nachtragsetat in Vorbereitung.

Auch dieser Dementierungsversuch ist genau so nichts-sagend wie die bisher von unverantwortlicher Seite erfolgten. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß die Tendenzen, die für den Ausbau des deutschen Militarismus maßgebend sind, in der Richtung der von der „Post“ angeforderten Forderungen liegen. Wenn die neue Heeresvorlage jetzt wirklich nicht kommt, weil das Reichsfinanzamt noch Schwierigkeiten wegen der Deckungsfrage macht, so wird sie später, vielleicht im Herbst, kommen. Beachtenswert ist, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sich nach wie vor über die Heeresvorlage in tiefes Schweigen hüllt. Das Ministerblatt war dagegen am Dienstag sehr schnell bei der Hand, um die von der „Braunschweigischen Landeszeitung“ angeforderte Marinevorlage zu dementieren.

Die Deckungsfrage.

Die „Magdeburger Zeitung“ teilt mit, daß der Schatzsekretär Kühn es durchgesetzt habe, daß zunächst einmal ein provisorischer Plan aufgestellt wird, worin das Kriegsministerium überschlägt, was seine neuen Forderungen in runder Summe etwa kosten werden. Diese Aufschlüsselung soll abdam feierlich ins Reichsfinanzamt hinübergetragen werden, wo Herr Kühn verbleiben mag, sie zu machen. Ganz einfach wird das für ihn wohl nicht sein, spricht man doch schon jetzt von Zahlen, die weit über 100 Millionen Mark hinausgehen. Wo soll schließlich das Geld herkommen? Die voranschläglichen Ergebnisse der Besitzsteuer, wie immer sie auch aussehen wird, werden sicherlich eine so beträchtliche Summe decken, um so weniger, als sie zum Teil zur Herabsetzung der Grunderwerbsteuer festgelegt sind und außerdem zur Vereinfachung der mißglückten Wertzuwachssteuer herangezogen werden sollen. Und schon wieder neue Steuerpläne zu machen, dazu dürfte die Reigung auch nicht gerade groß sein; also steht zu erwarten, daß bald ein heißes Ringen zwischen Kriegsminister und Schatzsekretär einlegen wird.

Trotzdem es jedoch für das nationalliberale Blatt feststeht, daß zur Deckung der Kosten der neuen Militärvorlage absolut keine Mittel vorhanden sind, wird doch die Annahme der Vorlage als einfach selbstverständlich bezeichnet. Der seinerzeit mit seltener Empfindung Grundlag: „Keine Ausgabe ohne Deckung“, wird schleunigst zum alten Eisen geworfen. Binnen Jahresfrist wird das Reich wieder in der schönsten Pumpwirtschaft fiedeln.

Die Anfänge des „unerlösten Flottenrücksens“.

In der Entstehung der maßlosen deutschen Flottenpolitik erinnert der Tod eines Mannes, der in den neunziger Jahren die Dreiklassenpolitik des „größeren Deutschlands“ zu vertreten hatte. Es ist dies der Staatssekretär a. D. Admiral v. Hollmann, der in der Nacht vom Dienstag im Alter von 71 Jahren in Berlin gestorben ist. Herr v. Hollmann war von 1890 bis zum Frühjahr 1897

Staatssekretär des Reichsmarineamts. Er hatte die Flottenpläne Wilhelms II. nach dem Motto: „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ zu verwickeln. Im Jahre 1897 geriet v. Hollmann mit dem Reichstag in Konflikt, denn das Zentrum war damals noch nicht flottenfron. Die Budgetkommission wies eine Forderung für Schiffneubauten in Höhe von 236 Millionen zurück. Als Hollmann daraufhin zurücktrat, trat Admiral v. Tirpitz an seine Stelle und nun folgte eine Flottenvorlage der anderen. Die bürgerlichen Parteien wurden immer zahlreicher und bewilligten gehorlich, trotz manchem Weh und Ach, was für die Marine gefordert wurde. Im Jahre 1898 bewilligte der Reichstag bereits 408 900 000 M. für einjährige Ausgaben. Diesem Flottengesetz folgte im Jahre 1900 ein zweites, im Jahre 1905 ein drittes und im Jahre 1908 ein viertes, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Nach dem Ausschreiben aus seinem Amte ist Herr v. Hollmann ein tätiges Mitglied des Flottenvereins gewesen, d. h. der Organisation, der die Rüstungstreiberlei Lebenszweck ist. Auch die Großindustrie hat den Staatssekretär a. D. für sich gewinnen können; er war Aufsichtsrat der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, des Stettiner Vulkans usw. Zu Wilhelm II. soll der Versuch gemacht worden sein, eine persönliche Beziehung zu Stande zu bringen. Der Kaiser richtete an ihn im Jahre 1903 den berühmten Wabel-Wabel-Brief.

Herr v. Hollmann hat noch mit dem letzten Widerstande der bürgerlichen Parteien, vor allem des Zentrums zu kämpfen gehabt, heute sind alle diese Parteien mit Wolddampf in das Fahrwasser des Imperialismus eingelaufen.

Die Budgetkommission des elsäss-lothringischen Landtags hat am Dienstag die Repräsentationsgelder des Statthalters auf Antrag des Zentrums und mit Unterstützung der Sozialdemokraten von 200 000 M. jährlich auf 100 000 M. heruntergelegt. Bereits im Vorjahre wurde dies beschlossen, aber die Regierung lehnte sich nicht daran, sondern strich einfach im Etat für 1913 die Worte „künftig weglassend“, die sich auf diese 100 000 M. beziehen, fort. Jetzt haben die Volksvertreter nochmals ihren Einspruch kundgegeben. In derselben Sitzung wurde ein Antrag der Sozialdemokraten eingebracht, der die Streichung der Dispositionsgelder des Statthalters in Höhe von 100 000 M. verlangt.

Ultramontane Regierung.

Der „Vossischen Zeitung“ wird aus Nürnberg berichtet: „Eine Entschlüsselung des bayerischen Ministeriums des Innern fordert die Behörden auf, die von Sozialdemokraten begründeten Arbeiter-Samaritanerkolonnen nicht zu fördern, sondern nur die des roten Kreuzes zu unterstützen.“ Die Nachricht klingt zwar unglaublich, aber dem Ministerium Hertling darf man solche Leistung immerhin zutrauen.

Protest gegen militärische Übergriffe.

Im elsäss-lothringischen Landtag haben Fortschrittler und Sozialdemokraten folgende Resolution eingebracht: „Sind der Regierung die verschiedenen Fälle von Ausschreitungen und unliebsamen Auftreten, insbesondere von Mitgliedern der Rühlhauser Garnison, beziehungsweise dort einquartierter Regimenter, bekannt, und welche Schritte hat die Regierung unternommen, um solche Vorkommnisse für die Zukunft zu verhindern?“

Auch ein Grund.

Weil der auf das Kriegsschiff „Gosen“ abkommandierte Marine-Intendantur-Sekretär Wolf in einem Schreiben seiner vorgelegten Behörde nicht mit „Gehobenen Tönen“ angesprochen war und ihm zur Fortsetzung einer Arbeit eine bestimmte Frist vorgeschrieben wurde, fühlte er sich beleidigt und verlangte von dem Chef der betreffenden Abteilung Zurücknahme. Als dem nicht nachkommen wurde, sandte W. durch den Marineingenieur Gottschall dem Abänder des Schreibens eine Forderung zum Zweifelspunkt, die aber abgelehnt wurde. Das Kriegsschiff der 2. Marineinspektion verurteilte im Oktober den lächerlichsten Sekretär wegen Herausforderung zum Duell zu 6 Monaten und den Überbringer der Forderung zu einem Tag Gefängnis. In der Verurteilungsentscheidung am Montag vor dem Oberkriegsgericht der Marineinspektion der Nordsee in Wilhelmshaven verwarf das Gericht die Berufung des Angeklagten Wolf und erhöhte die Strafe gegen Gottschall auf 3 Tage Gefängnis.

Das Ministerium Briand.

Paris, 21. Januar. Das neue Kabinett hat sich heute nachmittags endgültig gebildet und setzt sich folgendermaßen zusammen: Vorsitz und Inneres: Briand; Aussenwärtiges: Jonnart; Arbeit und soziale Fürsorge: René Bonnard; Handel: Guisthau; Landwirtschaft: Fernand David; Kolonien: Jean Morel; Marine: Baudin; Krieg: Etienne; Unterrichts: Steeg; Justiz: Barthou; Finanzen: Klug; öffentliche Arbeiten: Jean Dupuy.

Die beruhigten Radikalen.

Paris, 21. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Briand hat leichte Arbeit. Die radikale Presse feiert nachträglich die republikanische Wahl Poincarés und bereitet offensichtlich ihren Übergang von Briand vor. Auffallend ist die Zufriedenheit der Wahlführer entgegenkommen. Sie erwarten von Briand weiteres Entgegenkommen. Naurés meint sehr richtig, daß die beiden Logen um Poincarés und Pams gleich konservativ und zur Steuerreform ebenso unfähig seien wie zur Sozialreform und zur demokratischen Umgestaltung des Heerwesens. Beide seien sie bereit zu einer Politik, die nur der Form nach demokratisch, im Wesen aber konservativ oder rückschrittlich sei. Deshalb werde Briand eine Mehrheit finden und bei der allgemeinen Deorganisation leicht herrschen können. Die einzige Schwierigkeit bleibe die Wahlreform, über die die Sozialisten machen werden.

England.

Das Arbeitsprogramm des Parlaments.

London, 21. Januar. Premierminister Asquith gab das für den Rest der Sitzungsperiode noch zu erledigende Pensum bekannt und sagte, er hoffe, daß das Haus die Verhandlungen über das Gesetz betreffend die Trennung der Kirche vom Staat in Wales und über die Wahlrechtsbill bis zum 12. Februar beendet haben und dann die notwendigen Staatsnachträge und die Bills betreffend die Gewerkschaften und die Eisenbahnen beraten werde. Dies werde, hoffte er, bis zum 20. Februar erledigt sein, worauf sich das Haus bis zum 18. März versagen werde. Während dieses Zeitraumes werde sich das Oberhaus mit der Kirchen- und der Wahlrechtsbill befassen. Die Parlamentsliste schreibt vor, daß zwischen dem Eingang einer Bill im Oberhaus und dem Ende einer Parlamentsperiode ein Zeitraum von einem Monat liegen muß. Es wird deshalb angenommen, daß nach dem Wiederzusammentreten des Unterhauses am 18. März das Parlament verlagert werden, und dann ohne weiteres eine neue Sitzungsperiode beginnen wird.

China.

Immer noch Anleihe Schmerzen.

Peking, 20. Januar. (Nachricht des Reuterschen Büreaus.) Die Sechsmächtegruppe hatte gestern eine Note übergeben, worin sie den Finanzminister dahin in Kenntnis setzte, daß die Gruppe bereit wäre, den Anleihevertrag zu unterzeichnen,

daß es aber wegen der Selbsterhaltung in Europa unmöglich sei, untergütlich die Verpflichtung einzugehen, die Vorküsse zu liefern, welche China verlangt. China antwortete heute morgen, indem es seinem Bedauern über diese Eröffnung Ausdruck gab und den Wunsch herbeiwünschte, mit der Sechsmächtegruppe zu verhandeln. In der Antwort wird weiter ausgeführt, daß China während der jüngst wieder aufgenommenen Verhandlungen sich gewissenhaft geäußert habe, andere Anerbietungen in Betracht zu ziehen, und daß es die Hindernisse beseitigt habe, die mit der Eröffnung Anleihe im Zusammenhang standen. Aber die baldige Auszahlung gewisser Beträge sei notwendig. China sei daher gezwungen, andere Anleiheverhandlungen anzuknüpfen. Die einheimischen Bankiers hätten die Möglichkeit dieser Ausführungen anerkannt. Beide Noten waren im freundschaftlichen Tone gehalten. Die chinesische Note läßt den Weg für den Abschluß der sechsmächte Anleihe offen, wenn die Sechsmächtegruppe bereit ist, sie auszuführen. Inzwischen sind ähnliche Vorschläge durch andere Finanziers gemacht worden, wobei die Sicherheit durch die unüberprüften Uberschüsse aus der Salz- und Likörsteuer sowie aus der Wein- und Tabaksteuer der Provinzen Tschili, Schantung, Honan und Kiangsu gegeben werden soll. Der Minister des Aeußeren beabsichtigt, die Befandten der sechs Mächte morgen zu besuchen, um ihnen die Lage Chinas und seine Gründe auseinanderzusetzen, die dem Abschluß eines ungewissen Vertrages entgegenstehen.

Aus der Partei.

Sozialdemokratie und Kriegsgefahr.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins Rühlhausen i. E. L. nahm am letzten Sonntag, im Anschluß an frühere Erörterungen über die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, einstimmig die folgende, von dem Genossen Jean Martin begründete Resolution des Vorstandes an:

„Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreisvereins Rühlhausen i. E. L. erhebt Einspruch gegen die in der Reichstagsfraktion vom 8. Dezember vorigen Jahres, in einem Augenblick, der zu äußerster Vorsicht mahnte, abgegebene Erklärung, die deutsche Sozialdemokratie wäre im Falle eines Angriffs von Ausland bereit, ebenfalls die Hände auf den Boden zu legen und den Krieg mitzumachen. Die Versammlung erinnert daran, daß die Unterzeichnung zwischen Angriff- und Verteidigungskrieg nicht Sache des Proletariats sein darf, wenn doch das Proletariat auf die von den kapitalistischen Staaten abgeschlossenen Bündnisse wie auf deren ganze Außenpolitik einen bestimmenden Einfluß nicht ausüben kann. Das Beispiel der Emier Depesche und die Unbereitschaft, mit welcher neuerdings die Regierungsorgane mit Einschluß der offiziellen Presse Deutschlands und Oesterreichs den Streit um einen serbischen Adriaboden zu einer Lebensfrage für Oesterreich-Ungarn und zu einer Sache der deutschen Bundesstreue vom Belt bis zur Adria aufbaute, zeigen, mit welchem Erfolge fortgesetzt die Zerfährdung der Rassen unter dem Vorwande der nationalen Verteidigung von den Herrschenden betrieben wird. Bei dieser Sachlage ist jede Loyalitätsklärung sozialdemokratischer Art ungeordnet für den hypothetischen Fall eines Angriffskrieges geeignet, die Aktionskraft des Proletariats für die Erhaltung des Friedens zu lähmen und die Arbeitermassen zum unklaren und willenlosen Werkzeug der verbrecherischen Macht- und Raubgelle zu machen, welche die imperialistische Politik beherrschen.“

Die Versammlung ersucht die sozialdemokratische Fraktion des deutschen Reichstages, zu dieser Frage bindende Stellung zu nehmen, um alle Zweideutigkeiten und Mißverständnisse über die Stellung der deutschen Arbeiterklasse zum Kriege für die Zukunft auszuschließen.

Der Vorstand wird beauftragt, die Resolution dem Parteivorstande und dem Vorstande der Reichstagsfraktion zur Kenntnis zu bringen.“

Ein dringender Konflikt.

Im Gasthaus Zum Löwen in Degerloch fand am Sonntag, den 19. d. M., eine vom württembergischen Landesvorstand einberufene Konferenz statt. Vertreten waren außer den Ortsvereinen von Stuttgart und Unterföhringen sämtliche Ortsvereine von Stuttgart Amt, ferner die Stuttgarter Parteileitung, der Kreisvorstand vom 1. Wahlkreis und der Landesvorstand. Einleitend wurden vom Landesvorstand einige Briefe bekanntgegeben, die ihm zu dieser Sache zugehen und worin u. a. mitgeteilt wird, daß der Parteivorstand die Teilnahme an der Konferenz ablehne. Genosse Brückner (Wahingen) eröffnete die Aussprache mit einer eingehenden Schilderung der Gründe, die dazu führten, daß 11 Ortsvereine von Stuttgart Amt die Zahlung von Beiträgen an die Kreisliste verweigerten. Durch das Vorgehen der Stuttgarter, besonders bei der Errichtung des Kreisfunktionsvereins, fühlten sich die ländlichen Mitgliedschaften majorisiert; es kam noch eine Reihe anderer Vorgänge dazu, auf die Brückner des näheren einging und die dazu führten, durch die Beitragsverweigerung eine Aussprache zu erzwingen. In dieser Aussprache beteiligten sich dann die Genossen Oker (Stuttgart), Wenger (Steinenbrunn), Föll (Unterföhringen), Rapp (Remm), Koch (Wohlbach), Knapp (Rohlfing), Keller (Wohlbach), Elsässer (Wahingen), Heiter (Wahingen), Wais (Wah) und Westmeyer (Stuttgart), worauf ein Schlusstrat, gestellt von Rothmund (Erdingingen), angenommen wurde. Eine Resolution war vom Vorsitzenden Genossen Hildbrand mit zur Beratung gestellt; sie lautet:

„Die Vorstandelektion der Ortsvereine des 1. Wahlkreises erwartete von den 11 Mitgliedschaften des Oberamts, die ihre Beiträge zur Kreisliste gesperrt haben, daß sie diesen Beschluß aufheben.“

Die hält die Notwendigkeit der Anstellung eines Sekretärs für das Oberamt Stuttgart auch heute noch nicht nachgewiesen. Nachdem die Anstellung jedoch beschlossen ist, erwartet die Konferenz, daß der Kreisvorstand dafür Sorge trägt, daß zu den Kosten der zwei Sekretäre die Mitgliedschaft Stuttgart einen jährlichen Beitrag leistet, der dem Anteil der Arbeit entspricht, den die Sekretäre für diese Mitgliedschaft im besonderen zu leisten haben. Bei Berufung der Referenzen für die einzelnen Mitgliedschaften ist das Sekretariat an die Wünsche der Mitgliedschaften gebunden.

Die Konferenz erwartet ferner, daß die Sekretäre die Selbstständigkeit der einzelnen Mitgliedschaften respektieren und alles tun, um bei Parteifunktionen jeglicher Art den ländlichen Mitgliedschaften den ihrer Bedeutung im Rahmen der Kreisorganisation zukommenden Einfluß zu sichern.

Ueber diese Resolution wurde abschließend abgestimmt. Der zweite Absatz wurde mit 20 gegen 19 Stimmen, alle anderen Absätze einstimmig angenommen. Der Landesvorstand beteiligte sich nicht an der Abstimmung. Genosse Hildbrand schloß die Konferenz in der Erwartung, daß nun im ganzen ersten Wahlkreis ein einheitliches Zusammenarbeiten im Interesse der Partei wieder Platz greifen möge.

Jugendbewegung.

Vorbereitungen.

Bei dem Versuch, den Arbeiter-Bildungs- und den Jugend-Ausschuß von Dunsau zu politischen, also anmeldepflichtigen Vereinen zu stampeln, hat der dortige Staatsanwalt ein klägliches Mißgeschick erlitten. Auf Grund der Tatsache, daß die Mitglieder beider Ausschüsse Sozialdemokraten sind und der Vorsitzende, Genosse Schwab, sogar sozialdemokratischer Stadtparator und Führer der sozialdemokratischen Partei in Dunsau ist, glaubte die Behörde folgern zu können, daß die beiden Ausschüsse sozialdemokratische Propaganda betreiben, also politisch sind. Die Behörde verlangte zunächst auf

Grund des Reichvereinsgesetzes die Annahme der Verbandsmitgliedschaft beider Ausschüsse. Als dies verteidigt wurde, folgte der übliche Strafbefehl, gegen den gerichtliche Entscheidung beantragt wurde. Das Schöffengericht Dunsau kam zur Freisprechung, weil sich der Beweis für die politische Betätigung beider Ausschüsse nicht erbringen ließ. Damit war aber der Staatsanwalt nicht zufrieden, der Berufung einlegte. Er meinte sich aber von der Liegnitzer Strafkammer auf neue belehren lassen, daß er auf dem Holzwege ist. Auch die Strafkammer sprach Genossen Schwab frei. In der Urteilsbegründung hieß es, daß der Bildungsausschuß nach Auffassung des Gerichts nur länderliche und Bildungszwecke verfolge. Der Bildungsausschuß wird auch deshalb noch nicht zu einem politischen Verein, weil aus gesprochenen Sozialdemokraten in demselben sitzen und das Gewerkschaftsamt Mitglieder in demselben wählen. Und da die Mitglieder des Jugendausschusses sich wiederum aus Mitgliedern des Bildungsausschusses zusammensetzen, fällt auch die Behauptung, daß sich dieser politisch betätige.

Die Arbeit und Mühe des Staatsanwalts war also wieder einmal für die Katz.

Nichtigstellung.

Am 14. Januar teilten wir mit, das „Gameler Tageblatt“ habe in einer Kritik des zum gefährlichen Sport ausgearteten Spiels erwachsener Schüler mit Schußwaffen den Jungdeutschlandbund mit seinen Kriegsspielereien für diese Auswüchse verantwortlich gemacht. Das entspricht nicht den Tatsachen. Wohl hat das genannte Blatt die Schleiherie gerügt, aber was wir als seine Meinungsäußerung wiedergaben, waren Betrachtungen unseres Berichterstatters.

Soziales.

Fortschrittlere und Selbstverwaltung.

In Frankfurt a. M. besteht eine gemeinsame Ortskrankenkasse, der alle Versicherungspflichtigen, soweit sie nicht Mitglieder von Betriebs- und Innungskrankenkassen sind, angehören. Sogar ohne Gemeindekrankenversicherung ist Frankfurt aufgenommen. Die Ortskrankenkasse beantragte nun auf Grund der Reichsversicherungsordnung die Ausgestaltung der Kasse zu einer „Allgemeinen Ortskrankenkasse“. Diefem Vorlangen kann das Oberverwaltungsamt nur entsprechen, wenn der Gemeindeverband erklärt, daß er keine neue Ortskrankenkasse errichten will. Unter Betonung der Leistungsfähigkeit der bestehenden Ortskrankenkasse ersuchte der Frankfurter Magistrat die Stadtverordnetenversammlung um ihre Zustimmung zum Antrag auf Ausgestaltung der Ortskrankenkasse. Diese Angelegenheit fanden Fortschrittler und Rationalisten im Stadtparlament für geeignet, sich an der Ortskrankenkasse wegen ihrer angeblich sozialdemokratischen Leitung zu reiben. Es wurden Bedenken vorgebracht, daß dieser Kasse die 30 000 bis 40 000 neuen Mitglieder, die nach der Reichsversicherungsordnung versicherungspflichtig sind, anvertraut werden können. Darin war der Wunsch nach einer Landkrankenasse mit ihren geringeren Leistungen und Beiträgen enthalten. Ueber deren Errichtung hat aber nicht die Stadtverordnetenversammlung zu entscheiden, sondern das Oberverwaltungsamt, und dieses hat schon beschlossen, für Frankfurt a. M. keine Landkrankenasse zu errichten. Nun kam man mit anderen Einwänden. Die Höhe der Verwaltungskosten der Ortskrankenkasse wurde bemängelt und nach der Reichsverbandsmaterie die Bevorzugung von Sozialdemokraten bei der Besetzung von Stellen beanstandet. Der Vertrag zwischen der Krankenkasse und der Krankenhausbewirtschaftung läuft noch einige Jahre. Trotzdem wurde von den Fortschrittler die Forderung eines höheren Pflegegeldes als Bedingung für die Ausgestaltung der Ortskrankenkasse zur Allgemeinen Ortskrankenkasse gestellt. Und sie setzten auch die Verweisung der ganzen Angelegenheit an einen Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung durch. Dieser soll nicht nur versuchen, von der Ortskrankenkasse einen erhöhten Pflegegelb herauszuschlagen — das gleiche von den Betriebskrankenkassen zu verlangen, sie den Herren gar nicht ein —, sondern soll auch die Angemessenheit der Verwaltungskosten und die Personalverhältnisse der Krankenkasse prüfen.

Das ist eine starke Einmischung in die der Selbstverwaltung der Ortskrankenkasse unterliegenden Dinge. Die Vermehrungen der Fortschrittler in den Parlamenten gegen Verrücktheit der Selbstverwaltung sind angesichts der Vorgänge in Frankfurt a. M. kaum noch ernst zu nehmen.

Fiskalismus.

Den Fiskalismus der preussischen Staatsforstverwaltung bringt sie in ihren Verläufen nett zum Ausdruck. Nach dem Landtag unterbreiteten Nachweisungen kamen im Jahre 1911 durch Kauf 10 330,596 Hektar in Zugang. Im Durchschnitt sind für ein Hektar 688 M. bezahlt worden. Im Jahre vorher waren es 19 327,818 Hektar mit einem Durchschnittspreis von nur 428 M. Die privaten Forstbesitzer haben demnach vom Staat höhere Preise erzielt. Besonders hoch war das Glück den schlechten Grafen. Im Regierungsbezirk Oppeln kaufte die Forstverwaltung 3408,237 Hektar zu einem Durchschnittspreis von 1273 M. für ein Hektar. Die Steigerung der Grundrente macht sich also auch für die Forstbesitzer sehr angenehm bemerkbar. Der Fiskus entschädigte sich für die teueren Anläufe sehr reichlich durch die Preissteigerungen bei Verläufen fiskalischer Forsten. Im Berichtsjahre waren es 3056,394 Hektar. Ingesamt wurden dafür 38 618 450 Mark erlöst, oder im Durchschnitt für ein Hektar 12 833 M. Der Löwenanteil davon entfällt auf den Regierungsbezirk Potsdam mit 2304,317 Hektar. Hier lag der Erlös mit 15 834 M. für einen Hektar weit über dem Durchschnitt. Im Regierungsbezirk Magdeburg wurden 171,168 Hektar zu einem Durchschnittspreis von 3080 M. verkauft, im Regierungsbezirk Schleswig 86,740 Hektar zu einem Durchschnittspreis von 8265 M. Am gnädigsten war der Fiskus noch mit seinem Bruder Reichsmilitärverwaltung. Diefem verkaufte er im Gebiete der Oberförsterei Rummelsdorf 1451 Hektar zu einem Durchschnittspreis von nicht ganz 2000 M. für den Hektar. In der Oberförsterei Brunwald bekam der Krüppel-Heil- und Jürlitzogereiner für Berlin-Brandenburg eine 4 Hektar große Fläche zwecks Errichtung eines eigenen Deimes für insgesamt 200 000 M. Die Brunwald-Tattersall-Gesellschaft bezahlte für ein Terrain, auf dem sie eine Reitanstalt anlegte, für durchschnittlich 22 M. pro Quadratmeter, im ganzen für 181 600 Mark. Für weniger wichtig als die Bestrebungen der Tattersall-Gesellschaft hält der Fiskus anscheinend solche auf Errichtung von öffentlichen Anlagen, Volksparks und hygienischer Bebauung gerichteten. Zu solcher Schlußfolgerung berechtigen die vom Fiskus der Stadt Berlin für ein in der Nähe überlassenes Terrain, im ganzen 628,245 Hektar groß. Zunächst hat die Stadt im Durchschnitt 2 M. pro Quadratmeter zu zahlen. 138 Hektar von dem Gesamtareal sollen zur Errichtung eines Wasserwerks und eines Volksparks dienen. Werden die nicht für das Wasserwerk und den Volkspark bestimmten Flächen weiter veräußert, so sind dafür je nach der Zugehörigkeit zu den einzelnen Bezirken Nachzahlungen bis zum Betrage von 21,04 M. für das Quadratmeter an die Staatskasse zu leisten. Uebersteigt der Erlös die festgesetzten Bonuspreise, so erhält die Staatskasse ein Drittel des Mehrerlöses. Der als Volkspark in Aussicht genommene Teil muß dauernd als solcher erhalten bleiben. Für das mitverkaufte Oberförstergelände hat die Stadt Berlin für die Staatsforstverwaltung ein neues Dienstgehöft in Köpenick erbaut. — Man merke, der Fiskus versteht es, seine Schätzen zu sichern. Aber ihm ist auch verständnisvolles Entgegenkommen nicht fremd. Der Terraingesellschaft am Flughafen Johannishal-Adlershof, der bekanntlich sehr hochgestellte Persönlichkeiten angehören, verkaufte der Fiskus im Gebiete der Oberförsterei Brunau ein 300 Hektar großes Gelände, und zwar zu einem Durchschnittspreis von nur 7 M. für das Quadratmeter. Sehr naiv meint die Forstverwaltung, die Veräußerung sei zweckdienlich gewesen, weil die Ausschließung und Verwertung des Geländes auch den Interessen der angrenzenden Gemeinden entspreche. Die Terraingesellschaftler sind wohl derselben Meinung. Andere Leute werden allerdings der Ansicht zuneigen, daß die Pflöderung einer Terraingesellschaft nicht Aufgabe einer Staatsverwaltung sei.

Gewerkchaftliches.

Zur Cariffbewegung in der Holzindustrie.

Der Abbruch der Tarifverhandlungen im Holzgewerbe und die Ankündigung der Unternehmer, zum 15. Februar eine allgemeine Aussperrung vorzunehmen, hat in weiteren Kreisen begreifliches Aufsehen erregt. Nach der Absicht der Unternehmer soll sich die geplante Aussperrung auf folgende Städte erstrecken: Amberg, Bamern, Berlin und Sororte, Bernau, Benthen, D. Schleg, Brandenburg, Braunschweig, Bromberg, Burg h. Magdeburg, Danzig, Darmstadt, Dresden, Düsseldorf, Eberswald, Erfurt, Ertig, Göttingen, Groß-Schönau, Greifswald, Guben, Halle, Hannover, Harnburg, Hildesheim, Hirsch, Kattowitz, Kiel, Köln, Königshütte, Krefeld, Langenöls, Leipzig, Lübbenau, Lübeck, Pönnitz, Posen, Potsdam, Rowawes, Rudolfsburg, Rendsburg, Spandau, Stargard, Stettin, Schwerin i. M., Tilsit, Thorn, Zeitz und Zittau, und es sollen davon 62500 Arbeiter betroffen werden.

Dass ein solcher Kampf das gesamte Wirtschaftsleben auf das ernsteste beeinflussen muß, ist einleuchtend, um so mehr, als es bei der Aussperrung im Holzgewerbe nicht bleiben dürfte. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe ein Glied des Kartells baugewerblicher Arbeitgeberverbände ist, in welchem der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe die erste Reize spielt, und dem auch die Unternehmerorganisation im Malergewerbe angeschlossen ist. Daß die Unternehmer der drei Industriegruppen bei den diesjährigen Tarifverhandlungen nach einem einheitlichen Plan operieren, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Der Arbeitgeberschutzverband für das Holzgewerbe hat ja auch die Verhandlungen nicht etwa deshalb scheitern lassen, weil die Forderungen der Arbeiter zu weitgehend waren, sondern er hat lediglich einen Beschluß des Kartells der baugewerblichen Arbeitgeberverbände zur Ausführung gebracht. Es ist gegenüber anders lautenden Darstellungen notwendig, nachdrücklich zu betonen, daß eigentliche Verhandlungen über die Forderungen der Arbeiter gar nicht gepflogen wurden! Die sogenannten zentralen Verhandlungen waren eine allgemeine Aussperrung über die vom Arbeitgeberschutzverband aufgestellten Grundsätze, wonach die Verträge auf 3 Jahre abzuschließen seien, und eine Arbeitszeitverkürzung in den Städten mit 64 stündiger und ländlicher Arbeitszeit nicht gewährt werden soll. Und bei den örtlich geführten Verhandlungen über die Lohnfrage sind in den meisten Städten die Unternehmer ersten Beratungen ausgewichen.

Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe hatte allem Anschein nach vom Kartell der baugewerblichen Arbeitgeberverbände den Auftrag, die Tarifverhandlungen unter allen Umständen scheitern zu lassen. Deshalb hat er sein Ultimatum überreicht und es so formuliert, daß es für die Arbeiter unannehmbar war. Bei der angekündigten Aussperrung handelt es sich also nicht nur um die Holzindustrie, sondern um einen Machtkampf zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, der viel weitere Wellen schlagen wird.

Ob es möglich sein wird, die in Fluß befindlichen Dinge aufzuhalten? Die „Volk-Zeitung“ ruft in ihrer gestrigen Morgenausgabe nach dem Staatssekretär: „Herr Staatssekretär, es ist Zeit!“ ruft sie aus. „Sollen 62500 Arbeiter brotlos werden?“ Es ist nicht völlig ausgeschlossen, daß Herr Welbraud diesen Ruf erhört; ist es doch auch seine Initiative zurückzuführen, daß der Gewerbedirektionsdirektor Prentner-Wilmschen die Leitung der Tarifverhandlungen im Baugewerbe in die Hand genommen hat. Aber recht zweifelhaft erscheint es, ob ein direktes oder indirektes Eingreifen der Reichsregierung einen Erfolg zeitigen wird. Die Holzarbeiter sind einer Weiterführung der Verhandlungen nicht abgeneigt, haben doch auch ihre Vertreter schon in der gescheiterten Verhandlung am Donnerstag ihre Bereitwilligkeit erklärt, auf Grund des Angebots der Unternehmer über die Zugeständnisse für die einzelnen Städte zu verhandeln. Allerdings werden sie die undiskutablen „Stundsätze“ des Schutzverbandes nicht akzeptieren.

Sehr deutlich hat sich über diesen Gegenstand auch die am Sonntagabend abgehaltene Städtekonferenz des Deutschen Holzarbeiterverbandes ausgesprochen. Deren Ergebnisse werden in der neuesten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ in folgender Weise wiedergegeben:

Die Zuneigungen des Arbeitgeberschutzverbandes lehnt die Konferenz in voller Einmütigkeit entschieden ab. Die Konferenz nimmt — wenn auch mit Bedauern — davon Kenntnis, daß die Verhandlungen gescheitert sind und spricht ihre volle Zustimmung zu der Stellungnahme unserer Vorstandsbereiter bei den Verhandlungen aus.

Die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sprechen vor dem angekündigten Kampfe nicht zurück, sondern werden in ruhiger Entschlossenheit jetzt daran gehen, alle Vorbereitungen zum Kampfe zu vollenden.

Jeder Gedanke, von unseren Forderungen grundsätzlicher Art abzulenken und etwa den Arbeitgebern auf solcher Grundlage neue Verhandlungen anzubieten, muß entschieden abgelehnt werden. Ebenso muß der Gedanke abgelehnt werden, unsererseits etwa einen unparteiischen Schiedsrichter anzurufen.

Es muß somit, wenn auch von der Gegenseite keine neuen Verhandlungen mehr angeboten werden, die Entwidlung der Dinge bis zum 15. Februar abgewartet werden.

Alle Maßnahmen, die ab 15. Februar in den einzelnen Städten zu treffen sind, bleiben der weiteren gemeinsamen Entscheidung vorbehalten.

Für den in der Presse bereits erörterten Fall, daß sich ein unparteiischer zur Vermittlung und als Schiedsrichter beider Parteien anbieten sollte, wird der Deutsche Holzarbeiterverband ihn nicht ablehnen.

Die Zustimmung kann jedoch nur erfolgen unter der Voraussetzung, daß unsere örtlichen Vertreter zu den Verhandlungen mit hinzugezogen werden. Die eventuellen Schiedssprüche unterliegen in jedem Falle der Entscheidung einer neuen Städtekonferenz und eventuell eines außerordentlichen Verhandlungsstages.

Man muß zugestehen, daß die Vertreter der Arbeiter aus den Städten, die von der Aussperrung betroffen werden sollen, ihre Stellung in würdiger Weise präzisieren haben. Erstens Verhandlungen zum Zweck der Erhaltung des Friedens sind die Holzarbeiter noch nie ausgemieden und sie tun das auch jetzt nicht; aber sie haben durchaus keine Veranlassung, in demütiger Weise um Frieden zu bitten. Wenn die Unternehmer auf ihren entwürdigenden Zumutungen beharren, dann werden die Holzarbeiter den Kampf aufnehmen und ihn mit ruhiger Entschlossenheit durchführen.

Und die Unternehmer? Daß sie einen, etwa vom Reichsamt des Innern ausgehenden Vermittlungsversuch offen ablehnen, ist nicht anzunehmen. In ihrer Politik gehört es, ihre Friedensliebe recht laut in die Welt zu posaunen; sie würden sich ja vor aller Welt lägen strafen wollen sie jetzt einen Vermittlungsversuch offen zurückweisen. Die Möglichkeit.

Die Parteien noch einmal zusammenzubringen, wenn ein dazwischenliegender Versuch von autoritativer Stelle gemacht wird, scheint also gegeben. Anders liegen aber die Dinge, wenn man nach dem schließlichen Erfolg eines solchen Vermittlungsversuches fragt. Die bisherigen Verhandlungen im Holzgewerbe haben gezeigt, daß der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe nicht frei ist in seinen Entschliessungen, sein Handeln wird vom Kartell baugewerblicher Arbeitgeberverbände, oder richtiger gesagt, vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe diktiert. Das trägt recht wesentlich dazu bei, das Ergebnis etwaiger erneuter Verhandlungen zweifelhaft erscheinen zu lassen.

So viel dürfte jedoch feststehen: Gelingt es, die Aussperrung in der Holzindustrie zu verhindern, dann wird auch der Friede im Maler- und Baugewerbe erhalten. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht jedoch dafür, daß es bei dem Aussperrungsbeschlusse der Unternehmer im Holzgewerbe bleibt, und entsteht dann die Befürchtung, daß die Verhandlungen im Maler- und im Baugewerbe zu dem gleichen Ergebnis führen werden. So sehr es auch zu beklagen wäre, wenn das deutsche Wirtschaftsleben dieser Erschütterung ausgesetzt würde, so möchten wir doch, wie die Städtekonferenz des Holzarbeiterverbandes für dessen Mitglieder getan, allen in Betracht kommenden Arbeitergruppen empfehlen, mit ruhiger Entschlossenheit daran zu gehen, alle Vorbereitungen zum Kampfe zu vollenden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Dachdecker und Berufsgenossen!

Bei der Firma Karl Gierth, Charlottenburg, Drohsenstr. 14, ist es zur Arbeitseinstellung gekommen. Die Gründe zur Arbeitseinstellung liegen darin, daß Herr Gierth sich weigert, nach Jehlendorf eine halbe Stunde Fahrzeitentzählung zu bezahlen. Mit Herrn Karl Gierth war während der Lohnbewegung ein Einzelvertrag abgeschlossen worden. In diesem Vertrage ist die Festimmung enthalten, daß bei Arbeiten in Jehlendorf eine halbe Stunde Fahrzeitentzählung zu bezahlen ist. Aber nicht nur dieser Einzelvertrag allein verpflichtete Herrn Gierth zur Bezahlung der halben Stunde, sondern auch die Tatsache, daß alle anderen Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, die halbe Stunde Fahrzeitentzählung weiter zu bezahlen. Es handelt sich hierbei bei Herrn Gierth auch durchaus nicht um etwas Neues. Diese Festimmung hat im alten Tarif jahrelang bestanden und ist auch früher von allen Arbeitgebern respektiert worden. Auch Herr Gierth hat die halbe Stunde stets bezahlt. Er glaubt aber, die große Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Notlage der Berliner Dachdecker und Hilfsarbeiter zu seinen Gunsten auszunutzen zu können.

Alle Dachdecker und Hilfsarbeiter haben die Pflicht, diese Werkstelle zu meiden.

Zentralverband der Dachdecker, Verwaltungsstelle Berlin.

Deutsches Reich.

Ein Notschrei aus den Kreisen der Versicherungsbeamten.

Am 25. Januar d. J. findet in Berlin im Verwaltungsgebäude der „Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherung“ eine Konferenz aller Organisationsleiter, Generalagenten usw. mit den Herren Direktoren statt. In dieser Sitzung sollen die Richtlinien für das Jahr 1913 besprochen und festgelegt werden. Die von der „Friedrich-Wilhelm“ herausgegebenen Monatschriften haben nachgewiesen, daß das Jahr 1912 für die Gesellschaft und die Aktionäre außerordentlich gewinnbringend war. — Nun hat die „Friedrich-Wilhelm“ ein ganzes Heer von Angestellten, Akquisiteuren usw., welche, trotz der bescheidenen Ansprüche, die sie an das Leben stellen, schon jahrelang ein kümmerliches, rechtloses Dasein fristen. Zum Beispiel sind eine ganze Anzahl verheirateter Leute als Akquisiteure tätig, welche täglich 3-5 M. Spesen beziehen und dafür außerhalb ihres Domizils ihre für die Gesellschaft so nützbringende Tätigkeit entfalten. Gehalt wird nicht bezahlt, Rümbildung ist keine. Noch nicht einmal der Alters-, Invaliden- oder Krankenversicherung werden diese angemeldet. Auch die nun ins Leben getretene staatliche Versicherung der Privatbeamten soll wieder umgangen werden. Die Akquisiteure der „Friedrich-Wilhelm“ sind einfach vogelfrei. Findet sich hier keine Behörde, die einmal der Gesellschaft sagt, daß die sozialen Gesetze nicht geschaffen sind, um umgangen zu werden? Daß solche Zustände bei einer so „nobelen“ Gesellschaft, welche selbst die Versicherung für Schwebefälle durch Krankheit, Alter oder Tod propagiert, möglich sind, dürfte wenigen Menschen bekannt sein. Der Konferenz möchten wir nun als „Richtschnur“ dringend empfehlen, dafür Sorge zu tragen, daß die Akquisiteure in ein festes Vertragsverhältnis kommen, daß sie besser bezahlt werden und nicht mehr jeder Not ohne Schutz preisgegeben sind. Sollte die Konferenz keinen Weg zu diesem Ziele kennen, so gelte folgender Fingerzeig: Man setze die ungeheuren Gehälter und Lohntien der Direktoren herab, schütze am Jahresabschluss den Aktionären nicht mehr so ungeheure Dividenden in den Schoß, dann ist es sehr leicht möglich. Denn nicht die Direktoren, nicht die Aufsichtsräte, nicht die Aktionäre bringen die Geschäfte herein, sondern die am schlechtesten bezahlten Akquisiteure.

Die Gewerkschaften unter dem „liberalen“ Reichsvereinsgesetz.

Vor einigen Tagen berichtete der „Vorwärts“, daß der Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Erfurt, Genosse Berkling, einen amtsrichterblichen Strafbefehl über 5 Mark erhalten habe, weil er es unterlassen, eine Anzeige zu einer Versammlung mit der Ueberschrift „Öffentliche politische Versammlung“ mit dem Namen und der Adresse des Einbersers zu versehen. Die Versammlung, in der Genosse Brandes aus Magdeburg über das Thema „Terrorismuslegenden des Unternehmertums“ sprach, sei aber „politisch“ gewesen.

Gegen diesen Strafbefehl wurde gerichtliche Entscheidung beantragt, so daß die Angelegenheit am Sonnabend vor dem Schöffengericht Erfurt zur Verhandlung kam. Als Hauptbelastungszeuge fungierten ein Kriminalwachmeister, der die „Aufassung“ gehabt hat, es handele sich um eine politische Versammlung, sich im übrigen aber nicht mehr auf alle Äußerungen wörtlich besinnen konnte. Der Amtsanwalt beantragte fünf Mark Geldstrafe. Das Gericht unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Dr. Krause erkannte auf zehn Mark Geldstrafe mit der seltsamen Begründung, daß neben der Aussage des Zeugen S., die von dem Reichstagsabgeordneten Brandes an die versammelten Metallarbeiter gerichtete Aufforderung: „Organisiert euch!“ ein Beweis dafür sei, daß die Versammlung politisch gewesen sei, denn der Anruf an die Organisation sei politisch! Die organisierten Arbeiter seien Sozialdemokraten. Die Aufforderung des Redners sei mithin gleichbedeutend mit: „Werbet Sozialdemokraten.“ (!) Der Angeklagte hätte die Versammlung schließen müssen, als er merkte, daß „politisch geredet“ wurde.

Selbstverständlich wird gegen dieses Urteil, das unter ganz unhaltbaren Voraussetzungen zustande gekommen ist, Berufung eingelegt.

Zur Aussperrung der Maschinisten auf den Fischdampfern der Unterweserve.

Der Kampf des Maschinistenpersonals der Fischdampfer von Bremerhaven, Geestemünde und Nordenham dauert unverändert fort. Da die Reederei einer Verständigung mit dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer immer noch nicht zugeneigt sind. Der Vertragsabschluss mit dem Verband technischer Schiffsleute und

dem Geestemünder Maschinistenverein umfaßt nur eine ganz kleine Anzahl von Maschinisten; er wird übrigens von der überzogenen Mehrheit nicht einmal anerkannt. Dieser Vertrag hat den gleichen Wortlaut, wie der am 13. November 1912 mit dem Zentralverband abgeschlossene Vertrag, der bekanntlich von den Reedern am 10. Dezember durchbrochen wurde.

Wenn die bürgerlichen Blätter behaupten, daß der Kampf beendet ist, so entspricht dies nicht den Tatsachen. Daher lasse sich niemand beeinflussen. Agenten der Reederei sind dauernd unterwegs, um unter allen möglichen Versprechungen Arbeitswillinge herbeizuschaffen. Die größte Anzahl der bisher in See gegangenen Fischdampfer sind nicht den geschicklichen Bestimmungen entsprechend mit Maschinistenpersonal besetzt. Seeländische Dampfer die mit einem teilsen Maschinisten mit besserer Klasse und einem zweiten Maschinisten mit vierter Klasse besetzt sein müssen, haben nur einen Maschinisten an Bord und an Stelle des zweiten einen Oberheizer. In unverantwortlicher Weise wird hier ein leichtfertiges Spiel mit Menschenleben getrieben. Einige Dampfer haben ihre erste Reise mit diesem Personal wegen Maschinistenmangels unterbrechen müssen.

In zwei Aukerst hat besuchten Versammlungen, am Sonnabend, den 18., und Sonntag, den 19. d. M., beschloßen die Aussperrten, den Kampf weiter zu führen, bis die Fischdampferreederei bereit seien, eine Verständigung mit der Organisation einzugehen.

Neuer Zündstoff im Saargebiet.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Saarrevier, daß entgegen den Versprechen der Bergwerksdirektion der Sicherheitsmann Seydanz entlassen worden ist. Seydanz hat seinezeit stark für den Streik getreten und war auch bei der Deputation, die beim preussischen Handelsminister vortrad. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu, daß hierdurch neue Erregung hervorgerufen werden wird und eine Unterbrechung des Waffenstillstandes eintreten kann.

Versammlungen.

Zentralverband der Dachdecker. Die Verwaltungsstelle Berlin hielt am Sonntag ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nach dem vom Kassierer vorgelegten Kassenericht vom 4. Quartal 1912 betragen die Gemeinnahmen, einschließlich 1906,44 M. als Bestand vom 3. Quartal, 12.244,14 M. In Ausgaben waren insgesamt 8018,34 M. zu verzeichnen. 5640,80 M. wurden an die Hauptkasse abgeführt, dem Streikfonds wurden 241,81 M. und der Kasse 158 M. überwiesen. Am 31. Dezember war ein Kassenebestand von 4230,80 M. vorhanden. Das Stiftungsgeld erforderte einen Zuschuß in Höhe von 187,00 M. — Die Wahl des Gesamtvorstandes soll, entgegen der bisherigen Gepflogenheit, nicht in der Generalversammlung, sondern in den Zahlstellen erfolgen. Die Generalversammlung nahm daher nur die Konfirmierung der Kandidaten zu den einzelnen Vorstandsposten vor. Die eigentliche Wahl soll Sonntag, den 26. Januar, in den Zahlstellen erfolgen. Wahlen darf nur, wer mit den Beiträgen nicht länger als acht Wochen im Rückstand ist. — Unter Verhandlungsangelenheiten berichtete Vorsitzender Gärtlich über die nach der letzten Mitgliederversammlung abgehaltenen Vertrauensmännerversammlungen. In diesen Sitzungen wurde auch das bisher geltende Statut einer Reubereitung unterworfen und nach einigen Abänderungen der Generalversammlung zur Beschlussfassung unterbreitet. Nach unvorfälliger Debatte erklärte man sich mit dem vorgelegten Entwurf einverstanden. — Weiter wurde beschlossen, die Besprechungen in den Zahlstellen regelmäßig abzuhalten. Die Tage sollen die Mitglieder der einzelnen Zahlstellen selbst bestimmen. — Über die schwache Beteiligung bei den Wahlen zum Gesellenauswahl und Jungmännerschiedsgericht wurde vom Vorstand sowie von einigen Mitgliedern lebhaft Klage geführt. Infolge der großen Laune der Mitglieder haben in beiden Institutionen die Gelben den Sieg mit wenigen Stimmen Majorität errungen. Gegen die Wahlen selbst ist Protest eingelegt und wurden die Mitglieder aufgefordert, bei eventuellen Neuwahlen mehr als bisher ihre Pflicht zu tun. — Zum Schluss wurde noch die Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsauswahlgang vorgenommen.

Letzte Nachrichten.

Stellungnahme der ungarischen Regierung zum Generallstreik.

Budapest, 21. Januar. (W. Z. V.) Die Regierungspartei wählte den Grafen Khuen-Hedervary zu ihrem Parteipräsidenten. In der zu diesem Behufe abgehaltenen Konferenz betonten mehrere Redner, daß die Partei trotz des Austrittes einiger Abgeordneter bezüglich der Wahlreform eines Sinnes sei und an der unverbrüchlichen Einheit der Partei festhalte. Ministerpräsident Tuceacs erklärte, es sei bedauerlich, daß konservative Politiker sich mit radikalen Agitatoren verbänden, um der Wahlreformvorlage der Regierung Hindernisse zu bereiten. Was den angekündigten Generallstreik betreffe, so sei es unzulässig, dadurch eine Preisision auf das Parlament ausüben zu wollen. Die Regierung werde dem Generallstreik gegenüber die Gesetze mit ganzer Energie anwenden. Diese Erklärungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die albanische Frage auf der Postkammerkonferenz.

London, 21. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, wird die Postkammerkonferenz morgen zum ersten Male die Frage der künftigen Abgrenzung Albaniens erörtern.

Noch keine Kunde von der deutschen Spitzbergen-Expedition.

Christiania, 21. Januar. (W. Z. V.) Die norwegische Station für drahtlose Telegraphie auf Spitzbergen hatte gestern zum ersten Male Verbindung mit der deutschen Station in Ebeltofsen nahe der Trochbah. Dem „Morgenbladet“ zufolge hatte man dort nichts von der verunglückten deutschen Expedition bemerkt. Auf der norwegischen Station glaubte man, daß die Hilfs-Expedition gestern morgen von der Adentbay abgegangen sei, da das Wetter gut war.

Seemannsstreit in Portugal.

Lissabon, 21. Januar. (W. Z. V.) Infolge der Entlassung eines Mannes der Besatzung ist der Dampfschiffsverkehr der portugiesischen Ostafrika-Linie seit zehn Tagen unterbrochen. Der Streit hat alle Kategorien der Besatzung der Dampfer und alle Vereinigungen der Se- und Entlader ergriffen; nur die Offiziere haben sich ihm nicht angeschlossen.

Beherender Ausbruch des Vulkans.

London, 21. Januar. (B. C.) Aus Mexico City hier einlaufende Meldungen berichten von einer Katastrophe, die durch einen heftigen Ausbruch des Vulkans Colima verursacht worden ist. Besonders betroffen worden sind die Städte Japottic und Ciudad Guzman, wo zahlreiche Häuser zerstört wurden. Hunderte von Menschen und viel Vieh sind in der glühenden Lava umgekommen. Der Materialschaden ist enorm. Die Einwohner der bedrohten Städte haben Hab und Gut in Stich gelassen und flüchten in wilder Panik aus der bedrohten Gegend.

Reichstag.

91. Sitzung. Dienstag, den 21. Januar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Kurze Anfragen.

Abg. Kühle (Soz.) fragt: Ist dem Reichskanzler bekannt, weshalb die Ergebnisse der am 15. November 1904 im Deutschen Reich...

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Caspar: Der Reichstag hat durch seine Resolution vom 23. März 1908 zum Kinderbeschäftigungsgesetz den Wunsch ausgedrückt...

Etat des Reichsamts des Innern.

Sechster Tag.

Die Beratung wird fortgesetzt bei den Fortdauernden Ausgaben. Kapitel 7 Titel 2. Dazu liegt eine Resolution der Kommission...

Abg. Raden (Z.): Diese Resolution war von meinen Freunden eingebracht. Es handelt sich um eine künstliche Verteuerung des Kaffees...

Abg. Dr. Strauß (Sp.): Die Anfrage gegen die Rechte will ich nicht fortsetzen, weil man sich über die fortschreitende volkswirtschaftliche Entwicklung...

Kleines feuilleton.

Wusste das sein? Von einem Verehrer Hauptmanns wird uns geschrieben: Wir haben die beglückende Kunde gelesen...

Unsere Generation — ich meine die der jetzt etwa Dreißigjährigen — ist mit dem Glauben an Hauptmann, mit der Verehrung für sein Werk groß geworden...

Ranches ist Gerhart Hauptmann miflungen. Das hat uns, die wir mit seinen ersten revolutionären, dramatischen Siegen...

Oder hat vielleicht Gerhart Hauptmann, dessen Bild ja geschäftlichste Photographie gerade dem Hof Goethes anhielt, am Ende gemeint...

Münchenen Theater. Die Kammer spiele brachten Shaws Cinalter: „Blanco Bonnets Erwedung“ erfolgr...

bellagen die Folgen der Valorisation. Ich verspreche die Sache im Auge zu behalten.

Abg. Wolfenbühl (Soz.):

Ich bin aus der Rede des Vordredners nicht klar geworden, ob das Zentrum nun den neuen Direktor im Reichsamt des Innern bewilligen will oder nicht.

Der Titel und die Resolution werden angenommen. Beim Titel „Förderung der Seefischerei“ liegt ein Antrag Fischbed-Wassermann (Sp. und natl.) vor...

Abg. v. Böhlenhoff-Köpin (L.) begrüßt diesen Antrag im Interesse unserer Fischereibevölkerung...

Abg. Dr. Preuß (Z.) schließt sich im wesentlichen dem Vordredner an.

Abg. Koste (Soz.):

Wenn Konterbathe und Zentrumsleute jetzt sich dafür ins Zeug legen, daß unserem Volk billige Nahrung zur Verfügung gestellt wird...

Abg. Dr. Strauß (Sp.): Die Anfrage gegen die Rechte will ich nicht fortsetzen, weil man sich über die fortschreitende volkswirtschaftliche Entwicklung...

Abg. Dr. v. Rüdthofen (natl.) gibt der Freude darüber Ausdruck, daß alle Parteien der Fischereibevölkerung entgegenkommen wollen...

Theater.

Das Lichtspiel-Theater am Rollendorplatz hatte Dienstagnachmittag seine „Sensation“. Paul Lindaus Schauerstück „Der andere“ wurde erstmalig als Film-Drama vorgeführt.

Seefischen erhöhte Bedeutung; doch muß auch besser für den Export der Seefische gesorgt werden.

Abg. Köpfer (Soz.):

Die Fischer leben vielfach noch unter Ausnahmegesetzen. Jede kleine Übertretung wird bei ihnen bestraft; die Strafen, die unmäßig sind vom Fischprüfer festgesetzt...

Abg. v. Böhlenhoff-Köpin: Gegen ein nicht genügendes Wohlwollen der Behörden den Fischern gegenüber haben auch wir dem preussischen Abgeordnetenhaus...

Der Antrag Fischbed-Wassermann, den Etatartikel im Jahre 1914 zu erhöhen, wird angenommen.

Beim Titel Unterstützung deutscher Seemannshome im Ausland befürwortet Abg. Meyer-Serford (natl.) einen Antrag auf Erhöhung dieses Fonds im nächsten Jahre.

Abg. Sinowich (Sp.): Die Seemannsfürsorge in fremden Hafenstädten muß der freien Liebestätigkeit überlassen bleiben und darf nicht verstaatlicht werden.

Abg. Henke (Soz.):

Ich muß einiges Wasser in den Wein der Begeisterung über die Seemannshome gießen. Ueber die Bedeutung der Seemannshome für die Seeleute an sich besteht keine Meinungsverschiedenheit.

reich zur Uraufführung. Die nachdenkliche Geschichte eines wildwestamerikanischen Pferdebiebes, der einen Gaul stiehlt, um einer Mutter rascher ärztliche Hilfe für ihr krankes Kind zu beschaffen...

Rotizen.

„Straußens Oper „Ariadne auf Naxos“ wird, nachdem das übrige Deutschland nun bald darüber zur Tagesordnung übergegangen sein wird, am 18. Februar auch in Berlin aufgeführt werden...

„Eine Jubiläums-Ausstellung in Karlsruhe. Die Stadt Karlsruhe wird im Jahre 1913 zur Feier des 200jährigen Jubiläums ihres Bestehens eine Kunst-Ausstellung veranstalten.

Willkürorganisation. Als die Gelben Erfolge erzielt haben, da war die Sache die, daß der Unternehmer einer kleinen Zahl einen Knochen hingeworfen habe, um der großen Menge das Fleisch vorzuenthalten. — Bei diesen Ausführungen machten die Gelben einen Höllenlärm, der den Redner zeitweise am Sprechen hinderte.

Margarete Behm, die bekannte Leiterin des Heimarbeitervereins, behauptet, daß der ungünstige Eindruck, den sie aus der Presse von den Gelben gewonnen hat, durch das Auftreten der Gelben in der Versammlung noch unterstützt worden sei. Die Rednerin verurteilt die gelbe Bewegung, weil sie die Arbeiterbewegung zersplittert. Eine wirtschaftsfreudliche Arbeiterbewegung sei nicht möglich. Eine Arbeiterorganisation, die keine Macht einzuführen habe, könne nichts erreichen. Das hat Fräulein Behm selbst erfahren. Alle sie für ihre Heimarbeiterinnenorganisation mit einem Unternehmer verhandeln wollte, wies dieser sie förmlich ab mit den Worten: „Wenn Sie erst eine starke Organisation hinter sich haben, dann können Sie wiederkommen.“ Im vorigen Jahr sei der Abschluß von Tarifverträgen in der Konfektion dadurch verhindert worden, daß ein gelber Verein entstand, auf den sich die Unternehmer stützen konnten. Die Rednerin verurteilt die Moten, weil sie zu scharf gegen die Unternehmer vorgehen, den Gelben aber rufte sie zu: Das ist nicht vaterländisch gehalten, wenn man denen in den Rücken fällt, die seit Jahrzehnten die Arbeiterinteressen vertreten. (Beifälliger Beifall.)

Nebel, Vertreter des Verbandes deutscher Eisenbahnarbeiter, betont, daß die Staatsarbeiter zwar auf das Streikrecht verzichten, aber als Gelbe würden sie sich nicht bezeichnen lassen. Würden die Staatsarbeiter nach den Grundfäden handeln, die Dr. Ratanfohn hier vertrat, dann würden sie nicht herauslösen. Wenn er, Nebel, auch kein freier Gewerkschafter sei, so müsse er doch sagen: Die Gelben sind eine Gefahr für unser wirtschaftliches und nationales Leben. (Starker Beifall.)

Zwei Vertreter der Gelben in den Siemenswerken, **Schönknecht** und **Konig**, gaben sich die größte Mühe, ihren Verein als einen unabhängigen hinzustellen, der nur freiwilligen Mitglieder habe und auf keinen in der Fabrik beschäftigten Arbeiter einen Druck ausübe.

Diese Angaben stießen auf lebhaften Widerspruch bei allen, welche die wirklichen Verhältnisse kennen. — Ein vom Metallarbeiterverband ging besonders auf die angebliche Unabhängigkeit der Gelben ein. Er zeigte an einigen Beispielen, daß gerade die Gelben durch den schärfsten Terrorismus für ihre Organisation wirken und daß die Angestellten des gelben Werkvereins bei Siemens von der Firma bezahlt werden. Der Redner führte einen Fall an, wo ein Mitglied der freien Gewerkschaft, durch die Frau eines Gelben denunziert, auf Veranlassung des gelben Werkvermögens in der Vorrichtung entlassen wurde. — Herr Borgieher, der in der Versammlung anwesend war, und an den sich der Redner persönlich wandte, hatte auf diese Anschuldigung kein Wort der Erwiderung.

Als letzter Redner — es waren zwar noch viele gemeldet, aber der vorgerückten Zeit wegen wurde die Debatte beendet — kam **Benno Robert Schmidt** zum Wort. Er führte aus: Die Gelben mögen natürlich nicht zugeben, daß ihre Bewegung durch die Unternehmer und in deren Interesse ins Leben gerufen ist. Deshalb sagen sie, sie seien durch Terrorismus der freien Gewerkschaften entstanden. Das hört sich gut an; aber dahinter steht nichts als die Absicht, durch gefälliges Verhalten und Witten von den Unternehmern etwas zu erreichen, da ihnen der Mut fehlt, durch gewerkschaftliche Arbeit etwas zu erlangen. Auf das Wohlwollen der Unternehmer können sich die Arbeiter nicht verlassen. Könnten sie es, dann wäre die ganze sozialpolitische Arbeit überflüssig. Weil also die Arbeiter nicht darauf rechnen können, daß ihre Wünsche durch das Wohlwollen der Unternehmer erfüllt werden, so ist der gewerkschaftliche Kampf unvermeidlich. Daß die gelbe Bewegung die Interessen der Arbeiter schädigt, das werde sogar von einem Blatte wie es der „Reichsbote“ ist, anerkannt. Das Blatt schrieb, in der gelben Bewegung liege die Gefahr der Liebedienerei und des Spießtums in den Reihen der Arbeiter. — Daß sich die gelbe Bewegung lediglich von Unternehmerinteressen leiten lasse, das beweise eine Auslassung ihres Organes „Der Rind“, der in einer Polemik gegen die gewöhnlichen Forderungen des evangelisch-sozialen Kongresses sagte, es sei zu prüfen, ob diese Forderungen nicht überspannt seien im Hinblick auf die finanzielle Belastung der Unternehmer durch die soziale Gesetzgebung. — Dies Urteil des gelben Organs kennzeichne am besten, wie die Arbeiterinteressen von den Gelben mit Füßen getreten werden. (Beifälliger Beifall.)

Im Schlusswort vertrat der Referent nochmals seinen Standpunkt gegenüber den Angriffen seitens der Gelben. Die gelbe Bewegung habe keine Berechtigung. Alles was sie angeblich vertreten wolle, sei schon längst dagewesen. Die hirsch-dünckerischen Gewerkschaften seien mit einem übertrieben friedlichen Programm ins Leben getreten, was sich aber angesichts der Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens nicht ausführen ließ. Zur Vertretung nationaler Gedanken bedürfe es auch keiner neuen Organisation.

Aus Industrie und Handel.

Ein Rekordjahr der Kohlenförderung.

Auf der Jahresbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenhandels wurde über die Dezemberergebnisse Bericht erstattet, in dem es u. a. heißt: Die Absatzverhältnisse im Dezember haben sich weiter befriedigend entwickelt. Die Nachfrage war unter der Nachwirkung der in den Monaten Oktober und November durch Wagenmangel verursachten starken Lieferungsausfälle lebhaft. Da die Wagenstellung besser war, ist eine erhebliche Steigerung der Abfahrmengen zu verzeichnen. Der rechnermäßige Absatz belief sich im arbeitsfähigen Durchschnitt auf 105,74 Prozent der Beteiligungsbeteiligung der Mitglieder, womit das Ergebnis des Vormonats um 18,82 Prozent und das bisherige höchste Monatsergebnis im Juni noch um 4,87 Prozent überschritten worden ist. Der Gesamtabsatz einschließlich des Selbstverbrauchs der Zechen war so groß, daß ein Teil der in den Vormonaten wegen unzureichender Wagenstellung auf Lager genommenen Kohlen, Holz und Bricketts zum Versand herangezogen wurde.

Bei diesen günstigen Absatzverhältnissen ist eine weitere Zerschmelzung der Beteiligungsbeteiligung für Februar und März beschlossen worden. Für Holz wurde die Beteiligung von 85 auf 90 Prozent erhöht. Die Kohlenförderung bleibt weiter mit 105 Prozent frei. Die Produktion von Bricketts ist wie bisher mit 85 Prozent angelegt.

Die Jahresergebnisse des Syndikats bieten ein Bild der Hochkonjunktur. Die Kohlenförderung stieg auf 99,8 Millionen Tonnen gegen 89,0 Millionen im Jahre 1911. Der Versand an Stehle und Holz wuchs um je 3 Millionen Tonnen, der an Bricketts um 0,23 Millionen Tonnen.

Auer-Konzern.

Wie der Verband unabhängiger Glühkörperfabrikanten mitteilt, strebt die Auer-Gesellschaft (Deutsche Gasglühlicht-AG) die Vertretung der Gasglühkörperfabrikanten an. Auer tritt bereits unter den verschiedenen Bezeichnungen und Logos hergrün-

dungen im Handel auf. So gehören dem Auerkonzern an: Feuer u. Co., Export-Gesellschaft, Bill-Gesellschaft, Allgemeine Glühlichtwerke, Berliner Import- und Export-Gesellschaft m. b. H. Vor Jahr und Tag ist auch die Probingsfirma Ostdeutsche Glühlicht-Gesellschaft m. b. H. Paech in Neutomischel unter die Kontrolle der Auer-Gesellschaft gekommen; richtig ist wohl ferner, daß diese dann vor einigen Monaten mit der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Abteilung Glühkörperfabrikation (Vamag) ein Abkommen traf, wonach dieser Betrieb aufgelöst und der Bedarf der Vamag an Glühkörper für die ihr nachstehenden Gasanzahlungen für Wagenbeleuchtung usw. von der Auer-Gesellschaft gedeckt wird. Alles in allem soll der Auerkonzern in Deutschland und im Auslande etwa 90 bis 100 Millionen Glühkörper jährlich herstellen gegenüber einer Erzeugung der sonstigen deutschen Fabrikannten von zusammen 70 Millionen Stück. Dieses Uebergewicht ruht der Konzern aber nur zur Befriedigung des Konsums aus, der Glühkörper zu erhöhten Preisen kaufen muß. Die konkurrierenden Fabrikanten profitieren mit an der Hochhaltung der Preise.

Güterverkehr im Inland.

Die gewaltige Steigerung des Güterverkehrs im Inlande belegen die vermehrten Einnahmen der deutschen Eisenbahnen im Jahre 1912. Wegen des Jahres 1912 stiegen die Einnahmen aus dem Güterverkehr um mehr als 138 Millionen Mark auf 1901 Millionen Mark. Der Personenverkehr brachte eine Steigerung von 48 Millionen auf 888 Millionen Mark. Die Gesamtlänge der Bahnen betrug 37 700 Kilometer, gegen das Vorjahr + 600 Kilometer.

Gerichts-Zeitung.

Bruhn als Räger.

Die 9. Strafkammer des Landgerichts I hatte sich gestern als Berufungsinstanz unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors **Schwarz** mit der Beleidigungssache des Herausgebers der „Wahrheit“, **Reichstagsabgeordneter Bruhn**, gegen den Abgeordneten **Benno Otto Wels** zu befassen. Dieser war in gleicher Sache noch dem Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt worden. Zu Beginn der Verhandlungen versuchte der Vorsteher, eine Einigung herbeizuführen. Der Beklagte lehnte eine solche mit der Begründung ab, daß das bei der Gegenfalschheit der politischen Anschauungen nicht möglich sei.

Der Anklage liegt bekanntlich ein von Wels als Verleger gezeichnetes Flugblatt zugrunde, das unmittelbar nach dem Dohsel-Prozess im Wahlkreis Friedeberg-Königssee zur Verbreitung gelangt war. In dem Flugblatt wird Bruhn an der Hand der Ergebnisse des Dohsel-Prozesses charakterisiert.

Geroffe Wels führte zur Rechtfertigung der Berufung aus: Die Partei habe sich im ständigen Kampfe gegen Bruhn befunden, und zwar aus Gründen der politischen Feindschaft und weil sie der Ansicht sei, daß Bruhn keineswegs als würdiger Vertreter des Volkes im Reichstage betrachtet werden könne. Das Flugblatt sei eine Antwort auf die Rechtfertigungsversuche, die nach Beendigung des Dohsel-Prozesses von diesem unternommen worden seien. So weit er als Verleger in Betracht komme, vertrete er auch das Flugblatt. Bei seiner umfangreichen Tätigkeit als Parteisekretär, als Leiter der ganzen Agitation in Brandenburg, die ihn auch oft von Berlin fernhalte, sei es ihm nicht möglich, alle Flugblätter sofort oder überhaupt zu lesen. Ob er das Flugblatt vor der Verbreitung gelesen habe, wisse er nicht. Bruhn habe sich nach dem Dohsel-Prozess als Insubordinationsengel hingestellt. Da sei es seine Pflicht gewesen, den Kampf gegen Bruhn aufzunehmen, zumal so ziemlich die ganze deutsche Presse seinen Standpunkt geteilt habe. Er beanspruche deshalb den Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen).

Bruhn machte hiergegen geltend, daß Wels von dem Inhalt des Flugblattes doch Kenntnis genommen habe; die vorige Verhandlung habe dies klar bewiesen, das Protokoll enthalte diese Tatsache auch.

Vorsitzender: Sie irren; im Urteil steht nichts davon, wann der Angeklagte Kenntnis von dem Flugblatt erhalten hat.

Die Verhandlung drehte sich wesentlich um die Frage, wann der Kläger Bruhn von dem im Oktober zur Verbreitung gelangten Flugblatt Kenntnis erhalten habe. Der frühere Vertreter des Klägers, Rechtsanwalt **Bredereck**, hatte angegeben, daß Bruhn am 25. November Kenntnis erhalten habe. Der Strafantrag ist aber erst am 26. Februar gestellt, die dreimonatige Strafantragsfrist ist also um einen Tag überschritten, wenn die Angaben des inzwischen gestorbenen früheren Anwalts des Klägers zutreffen.

Rechtsanwalt **Dr. Heinemann**, als Vertreter des Angeklagten, hielt es für ganz unwahrscheinlich, daß Bruhn von dem Flugblatt, das in 14 000 Exemplaren in seinem Wahlkreis verteilt worden sei, nicht eher etwas erfahren haben sollte. In Anbetracht der Umstände bitte er, das Verfahren einzustellen, weil Bruhn innerhalb 3 Monate nach Kenntnisnahme Strafantrag hätte stellen müssen.

Das Gericht verurteilte die Sache, da der Kläger folgende Beweisanträge gestellt hatte: 1. den Abgeordneten **Richard Fischer** darüber zu vernehmen, daß Wels in der früheren Verhandlung zugegeben habe, er habe von dem Flugblatt schon vor dessen Verbreitung Kenntnis gehabt; 2. den Vertrauensmann der antisemitischen Partei, **Kamin**, zu vernehmen, wann dieser ihm (Bruhn) das Flugblatt zugeführt habe.

Die angegebene Zeugen sollen in einem neuen Termin gehört werden.

Der Bauer und seine Wagn.

Vom Landgericht Straubing ist am 4. September 1912 der Bauer **Sebastian Windmann** wegen Verführung eines unehelichen Mädchens unter 16 Jahren sowie wegen Anstiftung zur verbotenen Abtreibung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Er hatte seine eheleiche Frau 14 Jahre alt gezwungen, die Abtreibung seines Ansehens verfährt und sie dann veranlaßt, Wagenschmüre auf Brot zu gehen, um die Folgen des Verzehrs zu befeitigen. Die Wagn gebar indes ein Kind. Diese selbst ist wegen verführter Abtreibung verurteilt worden. Die nur von B. eingeleitete Revision wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen. Für das arme verführte Kind, das jämmerlich Einstatt in die Strafkammer seines ruhmreichen Tuns hatte, hatte leider niemand Revision eingelegt.

Eine Rechtsfrage aus dem Reichs-Zunachstenergefes.

Das Oberverwaltungsgericht für Preußen hatte zu einer Rechtsfrage Stellung zu nehmen, die sich aus dem Zunachstenergefes ergibt. In § 1 Absatz 2 heißt es: „Betragt der Veräußerungspreis, und im Falle einer Teilveräußerung der Wert des Gesamtgrundstückes, bei beidseitigen Grundstücken nicht mehr als 20 000 M. und bei ungetheilten Grundstücken nicht mehr als 5000 M., so bleibt der Eigentumsübergang von der Steuer frei.“ Diese Steuerfreiheit tritt noch einer weiteren Vorchrift desselben Paragraphen aber nur dann ein, wenn weder der Veräußerer und seine Ehegattin, im letzten Jahre ein Einkommen von mehr als 2000 M. gehabt haben, noch einer von ihnen den Grundstückenhandel gewerbsmäßig betreibt.“

Zur Zunachstenerfreiheit des Fabrikanten **Leipziger** gegen den Magistrat von **Wittenberg** hatte das Oberverwaltungsgericht zu der Frage Stellung zu nehmen, ob mit den Worten „im letzten Jahre“ das letzverloffene Kalenderjahr gemeint sei, oder die das „natürliche“ Jahr bildenden 365 Tage vor dem Rechtsgeschäft. Das Oberverwaltungsgericht kam am 16. d. M. zu der Auffassung,

daß das natürliche Jahr gemeint sei, also 365 Tage, zurückerrechnet vom Eigentumsübergang an. Mit dieser Auffassung würde man am besten der Zweckbestimmung der Vorschrift gerecht, welche die sei, dem wirtschaftlichen Schwachen Schutz vor steuerlicher Belastung zu gewähren. Das Kalenderjahr — wenn man mit ihm rechnen würde — könne unter Umständen zur Zeit des Rechtsgeschäfts mehr als 11 Monate vorher schon beendet sein; in dieser Zwischenzeit aber könnten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse wesentlich zuungunsten oder zuungunsten des Steuerpflichtigen verändert haben. Unter Berücksichtigung des hier vom Senat vertretenen Standpunktes müßten von der Vorinstanz die tatsächlichen Umstände im klägerischen Streitfalle gewürdigt werden.

Aus aller Welt.

Ritterlich Gebilht.

Die Junker sind die wahren und einzigen Freunde der Bauern! So schallt es auf den Jahresparaden des Bundes der Landwirte aus dem Munde des Vizepräsidenten **Dr. Hertel** und so ertönt es unisono aus dem Mäntelworte der konservativen Presse. Und weil die Junker die Freunde der Bauern sind, deshalb haben sie auch stets das Beste des Bauern gewollt: seinen Acker, seine Wiesen, seinen Gemeindegeld. Nicht nur in der Vergangenheit haben sie es verstanden, den Bauern von Grund und Boden zu verdrängen, sich sich hörig zu machen, auch in der Gegenwart wollen sie sein Bestes. Von Zeit zu Zeit macht durch die Presse eine Nachricht die Kunde, daß der oder der Großgrundbesitzer zur Abrundung seiner Güter ganze Dörfer auskauft, den Bauern die noch vorhandenen Gemeindegüter durch allerlei Maßnahmen abnimmt und was dergleichen ritterliche Gnadenbeweise mehr sind. Gelingt es aber nicht, die Bauern seinem Willen dienstbar zu machen, so weilt ein echter Junker sich immer noch Rat, hat er stets noch Mittel zur Verfügung, den widersprechenden Bauern die Landkarte anzulegen. Ein Musterbeispiel dafür liefert das Vorgehen der **Fürstlich-Thomas-Hohensteinschen Forstverwaltung** gegen die rentenlosen Bauern von **Kuhergefeld** in Böhmen. **Fürst v. Thun**, Statthalter in Böhmen, hatte bisher die Gemeindegüter der Kuhergefelder Bauern gepachtet. Bei der Neuverpachtung erhielt ein Besitzer aus dem Dorfe die Jagd. Die Forstverwaltung **Dr. Durcklaucht** verstand es, den ihr unangenehmen Verkauf umzustößen und verführte nun, die Bauern zu bearbeiten, damit dem Fürsten die Jagd erhalten bliebe. Mit welchen Mitteln die Werbearbeit gelang, lehrt folgender Expresstbrief:

Groß-Bitau, 14./12. 1912.

Wohlg.

Herrn **Protok Tröml**
Wirtschaftsbestyrer

in Kuhergefeld Nr. 8.

Wie Ihnen bekannt ist, dürfte in kürzester Zeit die Jagd in Kuhergefeld neu vergeben werden. Ich ersuche Sie daher, Ihren Einfluß dahin geltend zu machen zu wollen, daß **Se. Durchlaucht** wieder die Jagd bekommt.

Sollten wir die Jagd nicht mehr bekommen, so hören selbstverständlich alle Unterstützungen an **Brennholz** und **Geldgeschenken** für die Armen und ins Besondere für die **Schulkinder** auf und haben nur die, die doch vollständig daran unschuldig sind, darunter zu leiden.

Es wurde jedes Jahr von **Se. Durchlaucht** gespendet: Für die Suppenanstalt 40 Kr., für den Veteranenverein 20 Kr., an Holz mindestens 20 Meter. Ferner vom Herrn **Wrasen Köstlg**: für die Schulsuppenanstalt 20 Kr. usw. Diese Unterstützungen sollen selbstverständlich alle aus. Nicht zu vergessen ist doch auch, was **Se. Durchlaucht** nach dem Brande in Kuhergefeld für die **Abbrändler** alles getan hat; sollte sich ein solches Unglück wieder einmal ereignen, würde natürlich jedwede **Verpflichtung** unterbleiben, wenn wir die Jagd nicht wieder bekommen sollten.

Achtungsvoll

Fürstlich-Thomas-Hohensteinsche
Forstverwaltung in Groß-Bitau.
E. Gallner.

Die Bauern aber wollten mit ihren harten Schädeln die Fremdbesitzung des Fürsten nicht vertragen und verpacketen die Jagd wieder an den Besitzer in Kuhergefeld. Nach dem christlichen Grundsatz: Wer der Herr lieb hat, den züchtigt er! hat die Forstverwaltung ihre Drohung ausgeführt und den armen Holz-hauerwitwen das Brennholz entzogen.

Die Empörung möchten wir einmal sehen, wenn etwa eine Gewerkschaft mit solchen Mitteln der Exzessivität und Rädigung verfallen würde, ihre Forderungen durchzusetzen. Wie würde die ganze reaktionäre Sippe aufheulen vor Wut und nach Verschärfung der Strafen schreien! Aber so: es ist ja einer der wahren und einzigen Freunde der Bauern!

Der unterirdische Brand bei Haselbach.

Wie aus Altenburg telegraphiert wird, ist es bisher nicht gelungen, den vor einiger Zeit entdeckten unterirdischen Brand des Kohlenlöses bei Haselbach einzudämmen. Das anfangs unternommene Einreiben eines Schachtes wurde von der herzoglichen Berginspektion wegen der damit verbundenen Lebensgefahr unterzogen. Es wird jetzt versucht, durch Anlegung eines Tages-hauses an den Brandherd zu gelangen. Nach Feststellungen Sachverständiger muß der Brand eine große Ausdehnung haben und schon seit vielen Jahren wüten.

Die armen Abgebrannten.

In dem Prozesse gegen die Brandstifter, die New Yorker Versicherungs-Gesellschaften um mehrere Hunderttausende von Dollar geschädigt haben, erklärte der Zeuge **Stein**, daß ca. 1000 Bewohner im Osten der Stadt ihn gebeten hätten, an ihre Häuser Feuer zu legen, um die Versicherungsgesellschaften wegen der Versicherungssummen zu pressen. Er sagte noch hinzu, daß diese „merkwürdigen Opfer der Feuersbrünste“ an den Deden ihrer Wohnungen „Wärme“ hängen hatten, die aber nicht mit Fleisch, sondern mit **Benzin** oder sonstigen feuergefährlichen Flüssigkeiten gefüllt waren und natürlich dazu beitrugen, den Bränden sofort eine große Ausdehnung zu geben. Auch anderwärts soll manchmal das Gebet gen Himmel dringen: Herr, laß es brennen, aber ordentlich!

Kleine Notizen.

Ein sehr scharfer Ermittler. Der Rassenbote **Wilhelm Bruning** aus Berlin, der seinerzeit nach Defraudation von 260 000 M. geflüchtet war, ist am Dienstag in London eingetroffen und wird in den nächsten Tagen über Hamburg nach Berlin gebracht werden. Mit der Einholung sind mehrere Kriminalbeamte betraut worden.

Eisenbahnunglück in Belgien. Auf dem Bahnhof in **Loewen** fuhr infolge Verlassens der Bremse ein einfahrender Zug auf einen ausfahrenden auf und hob einen Wagen dritter Klasse aus dem Gleise, der schwer beschädigt wurde. 22 Personen wurden verletzt, davon vier schwer.

Wiesenbrand. In der nordamerikanischen Stadt **New London** wüthet im Geschäftsviertel ein großes Feuer, das nach sechsstündigem Kampfe noch immer nicht bewältigt ist, sondern die ganze Stadt zu zerstören droht.

Abgeordnetenhaus.

115. Sitzung, Dienstag, den 21. Januar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: Schorlemer.

Die dritte Lesung des Moorfeldgesetzes.

Ein Antrag Klode (Z.) beantragt Streichung der in zweiter Lesung gegen den Widerspruch der Regierung eingefügten Bestimmungen, daß die Besitztümer von Moorflächen bis 5 Hektar einer Genehmigung zur Fortgewinnung nicht bedürfen.

Landwirtschaftsminister Dr. Frhr. v. Schorlemer erklärt, daß die Ablehnung des Antrages Klode das Gesetz für die Regierung unannehmbar würde.

Zu dem Antrag Klode wird angenommen gegen die Linke. In der Gesamtstimmabstimmung wird das Moorfeldgesetz fast einstimmig angenommen, auch die Sozialdemokraten stimmen dafür. Hierauf beginnt

Die zweite Lesung des Etats.

Der Präsident weist auf den mit den Fraktionsführern (der bürgerlichen Parteien) verabredeten Kontingentierungsplan hin und ersucht um die Unterfertigung des Hauses zur rechtzeitigen Fertigstellung des Etats.

Abg. Dr. Pashnide (Sp.): Öffentlich wird bei der Beurteilung dessen, was zum Etat gehört, nicht engherzig verfahren werden. Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwig sagt zu, in diesem Sinne zu verfahren.

Die Etatsberatung beginnt mit der Annahme der Kronrentenkommission ohne Erörterung. Eine Debatte gibt es erst bei der Lotterieverwaltung.

Abg. Dr. Krendt (H.) freut sich über den Anschlag Bayerns. Abg. Dr. Dahn (Bund d. Landw.) wünscht größere Berücksichtigung verabschiedeter Offiziere bei Vergebung von Kollekturstellen und wünscht Klärung über die Affäre des Kollektors und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Held-Verden. Es müssen alle mit gleichem Maß gemessen werden.

Et. Kommissar: Untersuchung ist eingeleitet; wir können nur absolut einwandfreie Personen brauchen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Unseren Standpunkt zur Lotterie kennen Sie ja. Man freut sich über den Anschlag Bayerns — aber Sachsen, wo das Reichsgericht liegt, ist immer noch Lotterieland, und dort können die Leute, die preußisch-süddeutsche Lose spielen, immer noch wegen Spieltens in ausländischen Lotterien verurteilt werden. Na, man hofft ja wohl, Sachsen ebenso klein zu kriegen, wie es bei den süddeutschen Staaten gelungen ist. (Oh! rechts.) Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Herr Abg. Dahn — ich freue mich, ihn wieder einmal hier zu sehen (Allgemeine Heiterkeit) — fordert, daß verdiente Offiziere mehr zu Lotterieverwaltern ernannt werden. Wissen Sie für in Ihrem Sinne verdiente Offiziere keine bessere Verwendung, als die von Wahlhalten des Staates bei seinem Hazardspiel? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Lotterieverwaltung jegliche Reklame ablehnt, dann muß sie auch vermeiden, daß die Kollektoren verleitet werden, liegengeliebene Lose selbst zu spielen. Um die Affäre Held, die seit vier Jahren spielt, hätte sich Herr Dr. Dahn wohl auch schon früher als jetzt vor den Wahlen oder gar nicht gekümmert, wenn es sich nicht um einen national-liberalen, sondern um einen konservativen Held gehandelt hätte! (Sehr gut! links.)

Es entspinnt sich eine Auseinandersetzung über die Affäre Held zwischen den Abg. Dr. Friedberg (natl.) und Dr. Dahn (L.), wobei der Präsident der Lotterieverwaltung zugeht, daß die Untersuchung erst infolge der Bemerkungen Dahn gegen Held eingeleitet wurde. (Der! hört!), was Dr. Friedberg meckelnd findet, weil die Lotterieverwaltung, wenn Verfehlungen vorkommen sollten, nicht erst der sonderbaren Anregung eines Abgeordneten bedürfen sollte.

Beim Etat der Münzverwaltung wünscht Abg. Dr. Krendt (H.), daß die Hundertjehendenmünzen schon ausgetastet werden. Was ist's mit den Rausfelder Segenshaltern?

Abg. Dr. Hauptmann (Z.) spricht gegen die 25-Pf.-Stücke sowie überhaupt gegen die häßlichen Riedelmünzen; man sollte sich die Schweizer Ringe zu 5, 10 und 20 Centimes (Rappen) zum Muster nehmen, die durchlocht und leichter zu unterscheiden sind.

Abg. Dr. Pashnide wünscht schönere 100-M.-Scheine und wendet sich dagegen, daß dem Verfehr zu viel Silber aufgezungen werde.

Zum Etat der Generalordenskommission spricht Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): In der Zeit, wo man kein Geld hat für Leuzergulagen an die hungernden Unterbeamten, haben wir einen Ordensetat von 429 210 Mark und allein für Ordensinsignien 300 000 Mark im Etat ausgeworfen. Das soll aldreihliche Einsparheit und Sparlichkeit sein. Beim letzten Ordensfest sind über 7000 Personen defloriert worden. Dieser Sturzloch von Orden erinnert an das Lied Mönders: Das Volk steht auf, der Sturm bricht los — aber der Sturm auf die Generalordenskommission. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Krendt würde nicht mehr singen von dem Gott, der Eisen lieh, sondern von dem, der Orden wachsen ließ. Für politische Postkontrakte und Salonlöwen war diese Ordenskonjunktur niemals günstiger. Es ist erheben födes Gemüt, wenn es selbst in diesen ersten Zeiten unzählige Menschen gibt, denen der Sinn für das Kleine und Jökliche in der Politik noch nicht verloren gegangen ist. Die Zahl der Orden, die verhängt worden sind (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) reicht aber noch nicht hin und deshalb hat sich eine preußische fürsorgliche väterliche Regierung bereits entschlossen, der schweren Not der Zeit durch — Privatbänder abzuhelfen, mit denen die Jahrhundertfeier des Befreiungskrieges gefeiert werden soll. Das bedeutet eine Demokratisierung des Ordens, denn sich nun jeder keine Name selbst auf die Brust stecken kann. Immerhin, wir geben herrlichen Zeiten entgegen. Wenn ein hoher Herr in seinem Leben bis zum Dezember 1913 nicht weniger als 75 845 Areturen auf der Jagd erledigt hat, so dürfte die Zahl der von ihm erteilten Orden noch viel größer sein. Wir haben dafür großes Interesse und deshalb lege ich der Generalordenskommission die Bitte an das Herz, und endlich einmal in einer gerundeten Statistik Aufsatz darüber zu geben, wie viele Menschen in Preußen noch nicht defloriert sind. (Weiterer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Beim Etat des Disziplinarhofes hebt Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) hervor, daß die Hauptbeschwerde des Disziplinarverfahrens die Formulierung der Reiten für die religiöse und politische Meinungsfreiheit sei, in die das herrschende System die Beamten schlägt. Gewiß ist ein allgemeines gefeßliches Beamtenrecht anzustreben, aber von diesem Hause kann niemand ein gutes und gerechtes Beamtenrecht erwarten.

Ein Kommissar des Justizministeriums erklärt, daß ein Entwurf eines Beamtengesetzes in Vorbereitung sei.

Beim Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten erklärt

Abg. vom Rath (natl.), daß es preußisch-deutsche Kriegsgeherr höchstens in der Phantasia äbelwollender ausländischer Zeitungs-schreiber gebe. Wohl aber sei ein Wettreis eine Kriegsgefähr. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Als der Redner darüber spricht, daß Deutschland bei vorgesehenen wiktigen Veränderungen in der Welt nicht den ihm zustehenden Einfluß geübt habe, wird er vom

Vizepräsidenten Dr. Borck unterbrochen: Die Kritik der auswärtigen Politik ist Sache des Reichstags; hier waren höchstens einige beiläufige Sätze über auswärtige Fragen gestattet.

Abg. vom Rath (natl. — fortfahrend): Ich will nur über die Stellung unseres Vaterlandes im internationalen Wirtschaftsleben sprechen. Da aber läßt es auch das Volk an Interesse fehlen. Das Kapital muß richtig dirigiert werden. (Zuruf rechts: Auswärtiges Amt!) Unrichtig ist eine Politik des Desinteressoment. Der Redner schließt nach neuer Unterbrechung durch den Vorsitzenden.

Unterstaatssekretär Zimmermann: Nach unserer Meinung hat sich das deutsche Kapital an ausländischen Angelegenheiten erst zu beteiligen, wenn der inländische Geldbedarf gedeckt ist, aber erzwungen können wir das nicht. Wir können die Hautefinance nicht hindern, sondern nur immer wieder dahin wirken, daß man sich doch nur an solchen ausländischen Anleihen beteiligt, die wieder der deutschen Industrie zugute kommen. Unsere Beteiligung an der Industrie- und Wirtschaftsentwicklung in Ostafrika, im nördlichen Asien und in Südamerika findet gewiß allgemeine Billigung. (Beifall.)

Abg. Göbel (Z.) klagt über Erschwernungen des Wareneinkaufs der russischen Grenzbevölkerung in Oberschlesien und der deutschen Ausfuhr nach Rußland.

Der Unterstaatssekretär sagt Prüfung zu.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Von der zur Zeit der Gemeindefestung angedrohten Abberufung des preußischen Gesandten am Vatikan ist es wieder still geworden.

Es soll am Vatikan nach Berichten von Leuten, die es wissen dürften, eine gewisse Unterpolitik getrieben werden (Schallendes Gelächter), wenn es auch männliche Unterröde sein können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß hat der preußische Gesandte beim Vatikan eine gewaltige Aufgabe, denn er muß die Instruktionen des Vatikan für die preußische Regierung entgegennehmen und übermitteln. Der Vatikan bemagt ja seinen gewaltigen Arm, das Zentrum,

in Deutschland (Oh! im Zentrum) bei jeder Gelegenheit, um der deutschen Regierung durch einen sanften Druck auf die Gurgel zu zeigen, daß der Vatikan Herr ist. Wir stellen uns nicht auf den formalen Boden, daß der Papst kein Recht auf diplomatische Vertretung hätte, wir verfahren realistisch und sind überzeugt, daß die Bedeutung des Gesandten am Vatikan sich messen kann mit der des Gesandten bei irgend einer Großmacht. In dem einseitigen Entgegenkommen des Deutschen Reiches gegen den Vatikan tritt freilich die Inferiorität Preuzens gegen den Vatikan immer deutlicher zutage. Ob nun durch die Votromänenpolitik, das Rotuproprio, die Gewerkschaftspolitik die preußische Regierung sanfte Schritte bekommt — sie werden eingesehen, die diplomatischen Beziehungen bleiben bestehen und die preußische Regierung versichert immer wieder, daß sie stark und souverän sei. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Wenn irgend etwas Sinn und Verstand verloren hat, dann sind es die preußischen Gesandtschaften in Deutschland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind doch angeblich ein einheitliches Deutsches Reich, wir können mit zahlreichen Mitteln des modernen Verkehrs und jederzeit in Verbindung legen, im Bundesrat können die Vertreter sämtlicher Regierungen mit einander fühlung nehmen. Die preußischen Gesandtschaften können da nur zu Repräsentationszwecken bestimmt sein, was denn auch die badiische Kammer bestimmt hat, den Etat für die badiische Gesandtschaft in München zu streichen. Sollte Preuzen das nicht auch imstande sein? Seine Gesandtschaften können doch höchstens den positiven Zweck haben, daß politische Intrigen spielen und die Verpreuzungspolitik über ganz Deutschland hinaus zu intensivieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man will offenbar eine feste Position in jedem einzelnen größeren Bundesstaat haben, um ihm zum Schaden der Reichspolitik die preußische Politik aufzuzwingen. Von diesem Gedanken ist auch die Wehrheit dieses Hauses getragen, wir aber stimmen nicht für diesen Unfug. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Abg. vom Rath hat behauptet, daß es in Preuzen-Deutschland keine

Kriegsgeherr

gebe. Wir wissen doch alle, daß es bei uns Kriegsgeherr höfartigster Sorte gibt. Wir haben ein Mitglied hier in diesem Hause, das nicht nur in der Zeit der Marokkokrife, sondern auch bei den jetzigen ungeborenen internationalen Schwierigkeiten seinen Tag vergehen läßt, ohne in seiner Presse in unerhörtester Weise zum Schaden der internationalen Interessen Deutschlands zu hegen und den künftigen Krieg als eine selbstverständliche bevorstehende Tatsache hinzustellen. Ihnen steht ja auch der Graf v. Reventlow nahe, der in der „Deutschen Tageszeitung“ eine gemeingefährliche Kriegsgeherrerei betreibt. Mit diesen Kriegsgeherrern scheint sich aber Herr vom Rath durch sein Verlangen nach einer starken auswärtigen Politik rangieren zu wollen. Den Abg. Wettreis will ich natürlich nicht in Schutz nehmen, aber ich wundere mich, daß der Vortredner, der doch in recht engem organisatorischen Zusammenhang mit Wettreis noch steht, kein Wort über ihn gesagt hat, obgleich er einer regierenden Partei angehört. (Widerpruch im Zentrum.) Wettreis gehört wohl nicht zu ihrem preußischem Zentrum, aber sind Sie denn nicht international? (Widerpruch im Zentrum.) Sie müssen bedenken, daß es zu viele Aaguren hier im Hause gibt! (Heiterkeit links.) Zuruf im Zentrum: Können Sie sagen, was wir uns denken. Sie sagen allerdings nicht immer, was Sie denken. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Abg. vom Rath eine starke auswärtige Politik fordert, so ist das

Scharfmaherei,

die eine Abenteuerpolitik ist! Statt der zur Zeit ruhigen und in gewissem Umfang vor der Kritik der wirklichen Volksparteien angenommenen Politik unseres Auswärtigen Amtes, die freilich einer gewissen saturierten Stimmung entspricht. Das eiserne Weisheitspiel der „Hans Dampf in allen Gassen“ -Politik würde nicht den Interessen des deutschen Volkes, sondern gewissen Privatinteressen dienen. Herr vom Rath hat aber auch von dem weiten Kreifen des Volkes gesprochen, worunter er freilich die des Großkapitals meint, das ihm zu wenig national arbeiter. Freilich, das Kapital ist international und bleibt es. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und hinter der Kritik des Abg. vom Rath und seiner Rechts- und Nationalliberalen steht die Kriegswarenindustrie. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts und bei den Nationalliberalen.) Dort aber ist man bereit, den künftigen Feinden Deutschlands gern Kanonen für gutes Geld zu liefern. Sie führen zu Unrecht das Wort „national“ stets in den Mund und haben es dadurch entwertet. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten, Lachen bei der Wehrheit.) Sie fordern das Großkapital auf, im Auslande goldene Verge zu suchen und würde dabei auch das Deutsche Reich in Zwangslagen gebracht. Herr vom Rath sagt ja: „Dem Kapital folgt die politische Macht!“ Richt Ideale, sondern

naekte Kapitalinteressen

vertritt die auswärtige Politik, die Sie fordern. Vorbei mit den heiligsten Büchern der Nation, nur die Kapitalgüter sollen mit der Macht des Reiches gefehgt werden. Wir beglückwünschen uns zu dieser Bekätigung dessen, was wir immer gesagt haben. Die Volks-massen haben alle diese „patriotischen“ Phrasen längst durchschaut. Die Stärke eines Volkes ist um so größer, je freier es politisch, je wirtschaftlich gefehrt, je sozial glücklicher es ist. Sie aber wollen das Volk in Preuzen mit Ausnahmefesthorpsionen und Klassenjustig-seheln zächtigen. Die Folgen werden Sie spüren! (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Unruhe bei der Wehrheit.)

Vizepräsident Dr. Borck: Es wird sich empfehlen, vor der nächsten Etatberatung die Grenzen der Beratung unseres auswärtigen Etats festzustellen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Der Geist, der aus Dr. Liebknechts Worten spruch, ist der, der Gerhard Hilbrand aus der Sozialdemokratie ausschloß. Sind denn die Arbeiter unserer Industrie am Export nicht interessiert? Wie soll ohne Kapital Volkswirtschaft möglich sein und braucht das Kapital nicht Verdienst, um sich zu beteiligen? — Gewiß ist es unser Recht, auch über auswärtige Politik zu beraten, das hat Bismard auch als erforderlich bezeichnet, damit die Eintheiligkeit von preußischer und Reichspolitik erhalten bleibe.

Abg. Dr. Pashnide (Sp.) stimmt dem bei, nicht aber der Kritik der auswärtigen Politik durch Abgeordneten vom Rath. Wir sind für eine ruhige und vorsichtige auswärtige Politik. Die preußischen Gesandten am Vatikan und in Deutschland sind überflüssig. (Beifall links.)

Abg. Herold (Z.): Wir mißbilligen das Auftreten Wettreis auf das schärfste. Er hat mit dem Zentrum nichts zu tun und gehörte nie unserer Reichstagsfraktion an. Da der päpstliche Stuhl souverän ist, müssen wir dort einen Gesandten haben. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wenn der Abg. Wettreis im Zentrum so gar nichts zu tun hat, dann sind die Anstränkungen nicht verständlich, die das Zentrum zu seiner Abschüttelung aufwendet. Ich würde auch die Verbauungsstörungen nicht begreifen, an denen das Zentrum durch den Fall Wettreis leidet. (Widerpruch im Zentrum.) Dr. Friedberg sei gelagt, daß wir selbstverständlich wissen, wie die deutsche Arbeiterschaft verknüpft ist mit dem Wohlergehen der deutschen Industrie und des deutschen Exports. Gerade deshalb wollen wir einen Belibrand verhindern, in dem unsere ganze Kultur erstickt und ertränkt werden würde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade im Interesse des deutschen Handels liegt eine ruhige Politik, wie wir sie bisher hatten, und nicht eine gewalttätige Abenteuerpolitik, wie sie der Abg. vom Rath empfohlen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus diesem Grunde wenden wir uns auch gegen

solche frivolsten Redensarten,

wie sie der General v. d. Goltz kürzlich vor deutschen Studenten hat fallen lassen. Selbstverständlich gehören alle diese Fragen zur Zuständigkeit einer Volksvertretung. Leider haben wir in Preuzen keine Volksvertretung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir eine hätten, dann würde diese Volksvertretung längst gegen eine Politik Front gemacht haben, wie sie heute vom Abg. vom Rath empfohlen wurde und sie würde längst aufgeräumt haben mit all den Kriegsgeherrn und Gemein-schädlingen, die sich im Deutschen Reich aufhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Ehlers (Sp.): Das deutsche Kapital sucht sich seine Auslandsmärkte selber und braucht die Regierung nicht dazu. Herr Liebknecht erwiderer ich, daß wir nicht zu viel, sondern für den Umfang unserer Produktion noch zu wenig Kapital haben.

Abg. vom Rath (natl.): Ich bin kein Scharfmaher, eine starke nationale Politik hält den Frieden aufrecht. Die Sozialdemokraten aber wissen, daß sie von einer solchen Politik Schaden haben. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Jellisch (H.) spricht dem Zentrum seine Anerkennung darüber aus, daß es Wettreis abgeschüttelt, was er gar nicht anders erwartet habe. (Bravo! im Zentrum.) Die preußischen Gesandtschaften in Deutschland sind nötig und nützlich zur Verhandlung der Bundesregierungen untereinander, ebenso nützlich ist die Gesandtschaft beim Vatikan. Freilich, wenn sich der Vatikan dieser Vermittlungsinstanz auch weiter nicht bedient, dann könnte vielleicht einmal die Frage nach der Berechtigung der Gesandtschaft beim Vatikan auftauchen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Straffer (L.) bebauert, dadurch verhindert zu sein, seinen alten Freund und Feldzugskameraden v. d. Goltz gegen Liebknechts unerhörte Angriffe in Schutz zu nehmen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich habe Frhr. v. d. Goltz nicht persönlich angreifen wollen, sondern habe lediglich auf Grund von Zeitungsmitteilungen seine Rede im Verein deutscher Studenten besprochen, die allerdings nach den Berichten an Kriegsgeherrerei das denkbar möglichste geleistet hat.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung.

In der allgemeinen Besprechung, die beim Titel Ministergehalt geführt wird, fordert

Abg. Graf v. d. Groeben (L.), daß bei der Belämpfung der Fleischsteuerung der Schutz gegen das Ausland voll aufrecht erhalten bleibe. Mit der Herabsetzung der Fleischnölle wird gar nichts erreicht, sie darf keinesfalls über den 1. April 1914 hinaus aufrecht bleiben. Die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande beruhen in letzter Linie auf dem sittlichen Fundament des Vertrauens zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, das sich nicht in Geld ausdrückt und sich namentlich in schweren Zeiten, bei Krankheit usw. bewährt. In diesen sittlichen Fundamenten zu rütteln oder sie auch nur außer acht zu lassen, wäre durchaus verfehlt, denn sie sind wesentlich staatsberhaltende Momente. (Beifall rechts.)

Der Redner erklärt auch, daß es nicht so sehr darauf ankomme, mehr Vieh als vielmehr besseres Vieh zu zächtigen.

Abg. Wallenborn (Z.) wünscht volle Aufrechterhaltung des Fleischaufschlags.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Anregungen zur Durchführung des Hausarbeitsgesetzes.

Das Hausarbeitsgesetz, das am 1. April vorigen Jahres bereits in Kraft getreten ist, hat bisher noch keinen Beweis seines Faktens gegeben. Die wesentlichen Bestimmungen des Gesetzes sind leider solche, die erst auf dem Verordnungswege den Heimarbeitern zum Nutzen kommen können. Solche Verordnungen sind bisher noch nicht erlassen und die Paragraphen des Gesetzes, die allgemein für die Heimarbeiter nützliche Anordnungen treffen, sind noch nicht in Kraft getreten.

Vor allem handelt es sich um die §§ 3 und 4, die den Ausgang von Lohnstarifen oder Lohnstarifeln und die Ausgabe von Lohnbüchern oder Arbeitszetteln anordnen. Diese Bestimmungen können leider durch Bundesratsverordnungen in der Weise durchbrochen werden, daß für einzelne Verufe oder für bestimmte Bezirke von dieser Anforderung, wenn es der Bundesrat anordnet, Abstand genommen werden kann.

Von der Regierung werden gegenwärtig Erhebungen veranstaltet, um solche Ausnahmen vorzubereiten. Es ist nicht bekannt, in welcher Art diese Erhebungen veranfaßt werden. Es dürfte sich aber empfehlen, daß die Heimarbeiter, insbesondere aber auch die Gewerkschaftsorganisationen sich darum bemühen, daß auch sie bei der Begutachtung mitgehört werden.

Die Bestimmungen des Gesetzes werden sich zu Verordnungen nicht im wesentlichen nur dann verdienen, wenn auch die Gewerkschaftsorganisationen, die Heimarbeiter als Mitglieder oder als Berufsangehörige zählen, sich bemühen, an der Hand des Gesetzes das Verlangen zu stellen, Anordnungen und Vorschriften zu erlassen. Diesem Zweck mögen einige Hinweise dienen. Der § 5 des Gesetzes schreibt folgendes vor:

Die zuständige Polizeibehörde kann auf Antrag des Gewerbe-

Table with weather data for various stations including temperature, wind, and precipitation. Columns include Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. n. d. Tag, and Temp. n. d. Nacht.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau. Table with water level data for stations like Remei, Mühl, Bregel, etc.

aufsichtsbeamten durch Verfügung für einzelne Gewerbebetriebe hinsichtlich der Einrichtung der Betriebsräume und der Regelung des Betriebes in den im § 3 Abs. 1 bezeichneten Räumen anordnen, was zur Vermeidung einer durch die Natur des Betriebes nicht gerechtfertigten Zeitverräumnis der Hausarbeiter bei der Empfangnahme oder Ablieferung von Arbeit erforderlich und nach Natur der Anlage ausführbar erscheint.

Für Betriebe, die bei Erlass dieses Gesetzes bereits bestehen, sind, solange sie nicht erweitert oder wesentlich verändert werden, nur solche Anforderungen zulässig, welche ohne unverhältnismäßige Aufwendungen ausführbar sind. Gegen die Verfügung ist binnen zwei Wochen die Beschwerde an die höhere Verwaltungsbehörde zulässig; diese entscheidet endgültig. Es ist also den Heimarbeitern die Möglichkeit gegeben, wo die Vorbezeichneten Uebelstände auftreten, sich an die Gewerbeinspektion zu wenden, um Abhilfe zu verlangen.

die Gewerkschaften prüfen, für welche Berufe diese Voraussetzungen zutreffen, um ein Verbot dieser Arbeit zu fordern. Die Einrichtung der Fachauschüsse die im Gesetz vorgesehen sind, kann nur durch Anordnung des Bundesrats vollzogen werden. Obwohl diese Fachauschüsse keinen erheblichen Einfluss auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Heimarbeiter ausüben werden, dürfte es zweckmäßig sein, besonders in solchen Distrikten, wo bisher auch die Gewerkschaften gar keinen Einfluss auf die Lohnverhältnisse ausüben vermochten, die Einrichtung solcher Fachauschüsse anzulegen.

Von bürgerlichen Sozialpolitikern ist beabsichtigt, in Berlin eine Auskunftsstelle für Heimarbeitsreform einzurichten, die sich mit der Durchführung des Hausarbeitsgesetzes beschäftigt. Ferner sollen örtliche Hilfsauschüsse eingesetzt werden, die den Heimarbeitern mit Rat und Tat zur Hand gehen sollen, damit sie die Rechte und Pflichten kennen lernen, die ihnen aus der Gesetzgebung erwachsen. Für die freien Gewerkschaften sind selbstverständlich die Angestellten und Funktionäre ihrer Organisationen diejenigen, die die nötige Auskunft und Raterteilungen übernehmen. Außerdem können Anfragen an die Sozialpolitische Abteilung der Generalcommission der Gewerkschaften in Berlin S.O. 18, Engelhofer 14, gerichtet werden, die jederzeit bereit ist, Auskunft zu erteilen.

Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Januar 1913. Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Niederschlägen und leichten südlichen Winden; später teilweise aufklarend und etwas kühler. Berliner Wetterbureau.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis. 59. Bezirk. Am Donnerstag, den 16. Januar 1913 verstarb unser Mitglied, der Kantor! Max Wolf. 68 Jahre alt. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Rankow aus statt. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 3. Berl. Reichstagswahlkreis. Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unsere Genossin, Frau Marie Schölzel. 78 Jahre alt. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter Franz Hoff. 43 Jahre alt. am 19. d. Mts. an Lungenentzündung gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Reinickendorf, Hundsdorferstraße, aus statt. Ferner verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter Bruno Theurer. 56 Jahre alt. am 18. Januar an Nagenleiden. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Ferner verstarb unser Mitglied, der Hofknecht Richard Eichert. 15 Jahre alt. am 18. Januar durch Unfall. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des nördlichen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt. Ehre ihrem Andenken! Rege Beteiligung erwartet. 111/7. Die Ortsverwaltung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin. Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Karl Gesch. 62 Jahre alt. welcher in der Werkstatt der Berliner Wasserwerke beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Witzleben aus statt. Die Ortsverwaltung.

Am 20. d. Mts. verschied nach langer Krankheit unser verehrter Chef Herr Wilhelm Handke. Der Dahingeshedene war uns ein humaner Arbeitgeber und werden wir ihm ein dauerndes Andenken bewahren. 2143b. Die Beerdigung findet am 23. d. Mts., nachmittags 1/2 2 Uhr, auf dem Marien-Kirchhof (Prenzlauer Allee) statt. Die org. Arbeiter der Firma Wilhelm Handke.

Sozialdemokr. Kreis-Wahlverein Niederharnim. Bezirk Stralau. Den Genossen zur Nachricht, daß der Genosse Friedrich Lücking. 54 Jahre alt. am Sonntag, den 19. d. Mts., verstorben ist. 240/5. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Stralauer Leichenhalle aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Die Bezirksleitung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln. Am 20. Januar verstarb unsere Genossin Ottilie Krause. 53 Jahre alt. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Gemeinde-Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. 236/5. Der Vorstand.

Spandau. Sozialdemokratischer Wahlverein Bezirk No. 4. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, Bauarbeiter Hermann Wieland. 67 Jahre alt. Gartenstr. 9, gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in den Kiefern in Reinickendorf, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Verband der Steinsetzer, Pfisterer u. Berufsg. Deutschlands Filiale Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege und Ehrenmitglied Gustav Pelz. 75 Jahre alt. am 18. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Büstenbrunner Weg, aus statt. Rege Beteiligung erwartet. 175/3. Der Vorstand.

Am Montagabend 9 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager unser lieber Sohn und Bruder Otto im achten Lebensjahre. 2144b. Dies zeigt tiefbetriibt an Franz Theurgarten, Diefener Straße 16. Die Beerdigung findet am Freitagabendmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Am Sonntag, 19. Januar 1913 verstarb nach kurzem Leiden der Bauer Julius Keilmann im 65. Lebensjahre. 45/1. Um stilles Beileid bitten. Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 23. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Büstenbrunner Weg, aus statt.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Martha Richter geb. Schwabenberg sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten sowie den Vätern des Hauses Bannierstraße 12 und den Kollegen der Klavierschule von H. Bernede meinen besten Dank. 12/1. Albert Richter.

Dankfagung. Für die Beweise herzlichster Teilnahme und Spenden bei der Einäschung unseres lieben Freundes Max Schultze sage ich allen Beteiligten herzlichsten Dank. Familie Käther.

Oluf Lauritzen. Tolle überall. Dampfbreier. Kloppmaschinen. getrimmt werden. In Qualität ist unübertroffen!

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter Gustav Behrendt am 11. d. Mts. im Alter von 58 Jahren verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Bahnhofs Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter Paul Talkenberger Pörschburger Platz 2, im Alter von 41 Jahren gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 22. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 77/20. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Die Ortsverwaltung.

Krankengeld-Zuschuß- und Begräbniskasse der Berliner Knopfabriker und verwandter Gewerbe. Ordentliche General-Versammlung am Sonntag, den 25. Januar 1913, abends 8 Uhr, bei Kurth, Berlin, Wrangeistr. 105. Tagesordnung: 1. Kasienbericht a) vierteljährlich, b) jährlich. 2. Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren. 3. Sonstige Kasienangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 211/5. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand. K. U.: F. Hoffmann, 2. Schriftführer.

Am Sonntag, 19. Januar 1913 verstarb nach kurzem Leiden der Bauer Wwe. Anna Schmidt geb. Bauer kurz vor vollendetem 70. Lebensjahre. 42/1. Georg Schmidt, Schmidt-Dawkins u. Frau Eise geb. Hill, Colar Schmidt u. Frau Benda geb. Kolge. Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannis-Kirchhofes in Witzhenke.

Am Sonntag, den 19. Januar, verstarb nach kurzem Leiden am Herzschlag unsere innigstgeliebte Mutter und Schwiegermutter Wwe. Anna Schmidt geb. Bauer kurz vor vollendetem 70. Lebensjahre. 42/1. Georg Schmidt, Schmidt-Dawkins u. Frau Eise geb. Hill, Colar Schmidt u. Frau Benda geb. Kolge. Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Johannis-Kirchhofes in Witzhenke.

Westmanns Trauermagazin Extra-Abteilung I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße). II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße). Sehr gr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schals etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: Massenfertigung in 10 bis 12 Stunden.

WESTMANN. Mohrenstr. 37a. Gr. Frankfurterstr. 115. Inventur. Zweck letzter Räumung unserer Fabriken aus der Winter-Season. Verkauf - Jedem nur annahmehabaren Preise. Beispiele: Ulster Plüschmäntel Kostüme. früher bis 33.-, jetzt 9.-; früher bis 72.-, jetzt 20.-; früher bis 112.-, jetzt 30.-; früher bis 86.-, jetzt 29.-; früher bis 182.-, jetzt 52.-; früher bis 296.-, jetzt 90.-; früher bis 59.-, jetzt 15.-; früher bis 96.-, jetzt 28.-; früher bis 158.-, jetzt 48.-. Pelzmäntel, Gesellschaftskleider, Abendmäntel, Röcke. Basen etc. weit unter Kalkulation! Sonntag geöffnet 12-3 Uhr.

Für die herzlichste Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, des Bädermeisters Gustav Niegel sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten des Entschlafenen, sowie der Vereinigung der Bädermeister von Berlin (Concordia) unseren herzlichsten Dank. 2145/6. Im Namen der Hinterbliebenen Luise Niegel geb. Fahrman.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Beteiligten meinen herzlichsten Dank. 45/1. Karl Schwarz. Dankfagung. Für die herzlichste Teilnahme sowie die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders Hermann Wolter sage ich allen seinen Freunden und Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein Sommergrün herzlichsten Dank. Im Namen der Geschwister und Verwandten Fritz Wolter.

Glumen- und Franzbinderei von Robert Meyer. Inh.: P. Gollets. Mariannestr. 2. Tel. Mpl. 346.

Schwarze Kleidung. Fertig am Lager. Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M. Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M. Frack-Anzüge 90, 80, 40 M. Bekleider 18, 15, 8 M. Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jugendliche in größter Auswahl. Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden. Baer Sohn Kleider-Werke Berlin. Gegr. 1891. Chausseestraße 29-30. 11. Brückenstraße 11. Gr. Frankfurter Str. 20. Schöneberg, Hausstr. 10.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
 Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.
 Verwaltung: Kassierer: Arbeitssachverständiger:
 Telefon: Amt Norden 1967. Amt Norden 185. Amt Norden 1299, 9714.

Donnerstag, den 23. Januar 1913, abends 8 Uhr
 in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21
Allgemeine Klempnerversammlung
 Berlins und der Vororte.

Tagesordnung:
 1. „Die gegenwärtige Situation in unserem Beruf und was ist zu tun.“ Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion.
 3. Branchenangelegenheiten. 111/6
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und da andererseits der Ablauf des Tarifes vor uns liegt, ist es notwendig, daß alle Kollegen erscheinen, insbesondere die Kollegen aus den Vororten, sowie diejenigen aus den kleineren Betrieben. Bringt auch die Unorganisierten mit. Die Vertrauensleute werden ersucht, um 7 Uhr im obigen Lokal zu erscheinen.

Donnerstag, den 23. Januar 1913, abends 8 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1
Branchen-Versammlung
 aller in den Eisenmöbel- und Möbelschloßbetrieben beschäftigten Kollegen sowie Zeugschmiede und Schwarzblechschlosser.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. Schütte, 2. Jahresbericht der Branchenkommission und Auswahl derselben. 3. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollständiges Erscheinen unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Verwaltung Berlin.

Möbelpolierer (Bezirk Weißensee).
 Donnerstag, den 23. Januar, abends 6 1/2 Uhr,
 in „Prälaten“, Lehnstraße 122:
Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:
 1. Die Unternehmer auf dem Kriegsfuß. Referent: Kollege A. Nigdar, Berlin. 2. Wahl der Kommission. 3. Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten. 77/19

Hausarztverein Wedding-Gesundbrunnen.
 Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den
 Pharusälen, Müllerstr. 142:

Öffentliche Versammlung.
 Tagesordnung:
 Vortrag des Genossen Dr. Moses über:
 „Der allzu reiche Kindersegnen im Arbeiterhaus!“
 Diskussion. Fragebeantwortung.
 Eintritt frei!
 281/17
 Aufnahmen für den Verein werden in dieser Versammlung entgegen-
 genommen sowie auch beim Vorsitzenden Otto Wölfe, Brunnenstr. 54.

Stavistraße 32-39,
 Querstraße an der Müllerstraße,
 sind in neu erbauten Häusern mit Hofgärten (Tepfichkopflap) und
 Wäldchen im separaten Hof, Keller-Eingang)
1 und 2 Zimmer-Wohnungen
 mit Warmwasserversorgung
 per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten.
 Zu erfragen im Verwaltungsbüreau, Nr. 35/36. 287/15*

Pianos
 liefert Pianofabrik
auf Teilzahlung
 sehr preiswert bei
 mäßig. Zinsvergütung.
 Gegenseitige Dis-
 kretion Bedingung.
 Geht Anfragen an:
 J. D. 8985 bef.
 Rudolf Mose, Berlin
 SW.
 *

Buchhandlung Vorwärts
 Lindenstr. 69 (Laden)
Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben?
 Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit.
 Von H. Beims.
 Preis 25 Pf.
 287/19
 Kunstschneiderei von Frau Köstler
 Schlichter, Kurstraße 8 III.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 22. Januar 1913.
 Anfang 8 Uhr.
 Kurfürstentheater. Der Troubadour.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Kgl. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla.
 Kgl. Schauspielhaus. 1812. Deutsches. Der blaue Vogel.
 Jirkus Busch. Gala-Vorstellung.
 Jirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
 Anfang 8 Uhr.
 Urania. Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Allerlei Wege zur Kriegsführung.
 Kroll. Der aufstehende Frau.
 Kurfürstentheater. Stella maria.
 Deutsches Opernhaus. Die Land.
 Trianon. Wenn Frauen reiten.
 Festung. Eine neue Mensch.
 Theater am Nollendorfplatz.
 Studentengräfin.
 Kammerdiener. Florenz.
 Königgräzer Straße. Geschlossen.
 Groß-Berlin. Das Fürstentum.
 Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
 Berliner. Filmzauber.
 Montis Operetten-Theater.
 Der heilige Antonius.
 Meines. Professor Bernhardt Reibung. Die Frau Präsidentin.
 Thalia. Puppen.
 Luiten. Berlin-Hamburg-New York.
 Metropol. Chauffeur - ins Metropol!
 Komödienhaus. Die Generalde.
 Ferra. Mein Leopold.
 Perronelle. Die Heldenbrüder. Wästen-moral.
 Schiller O. Emilia Galotti.
 Schiller-Charlottenburg. Hedda Gabler.
 Casino. Am grünen Strand der Spree.
 Wintergarten. Spezialitäten.
 Apollo. Brüderlein sein. Spezialitäten.
 Reichshallen. Cavalleria schufficana.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Lustspielhaus. Majolin.
 Friede. Wild. Schauspielhaus.
 Der Jaunpfl.
 Walhalla. Goldener Lichtsinn.
 Jolide Caprice. In Sachen Rahen-lein. Die Doppelkirma. Die Tochter der Braut.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Neues Volkstheater. Michael Kramer.
 Anfang 9 Uhr.
 Admiralspalast. Eisbalet: Flirt in St. Moritz.
 Sternwarte. Invalidenstr. 67-68.
 Schiller-Theater O. Walter-Theater.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Zur Feyer von Leffings Geburtstag:
 Emilia Galotti.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Wolkenkratzer.
 Freitag, abends 8 Uhr:
 Hedda Gabler.
 Schiller-Theater Charlottenburg.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Hedda Gabler.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
 Die Schmetterlingsnacht.
 Freitag, abends 8 Uhr, zum 1. Male:
Uriel Costa.
 Berliner Theater.
 8 Uhr: Filmzauber.
 Theater in der Königgrätzer Straße
 Heute geschlossen.
 Donnerstag, 7 Uhr, zum 1. Male:
Brand.
 Deutsches Schauspielhaus
 8 Uhr: Der gute Ruf.

Theater am Nollendorfplatz 6.
 In allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.
 Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
 (Madame la Présidente).
 Schwanf. 3 Akt. v. Demmequin u. Weber.
 Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
 (fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
 8 Uhr:
Der heilige Antonius.

Luisen-Theater.
 Mittwoch, abends 8 Uhr: Berlin-Hamburg-New York. Er. rom. Komisch. Aufnahmestück von Emil Ritterfeld. Musik von Georg Ronsky.
 Donnerstag u. folgende Tage: Berlin-Hamburg-New York.
 Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung. Premiere: Der Wästenmoral. u. das Glückseligmannlein.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
 Lustspiel in 3 Akten von Adolf Wittke. Musik von H. Blal. — Anfang 8 Uhr.
 Morgen und folgende Tage:
 Mein Leopold.
 Sonntagnachm. 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

Metropol-Theater
Chauffeur - ins Metropol!
 Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
 mit gänzlich neuem Repertoire!
 Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
 Abends ab 8 Uhr!
 Vorletzte Woche!
 des grandiosen Programms.
Meisa Rita Comp.
 Kail und Kroll. Darius Yana.
 8 1/2 Uhr:
„Brüderlein sein“.
 Alt-Wiener Singspiel von Jul. Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
 usw.

Herrnfeld Theater
Der Höhepunkt des Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
 mit Anton und Donat Herrnfeld
 in den Hauptrollen.
 Anf. 8 Uhr. Borwert 11-2 (Theater).

Walhalla-Theater
 Weinbergweg 19/20, Hofenthal. Cor.
 8 1/2 Uhr. Borwert 6 1/2, Uhr:
Goldener Lichtsinn.

Freie Volksbühne
 Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus:
Generalversammlung.
 1. Vortrag. Herr Dr. Alfred Guttman:
 Die Bedeutung Richard Wagners für die deutsche Bühne.
 2. Geschäftsbericht des Vorstandes, Kassierers und der Revisoren. Diskussion.
Die Mitgliedskarte dient als Legitimation
 für die Besucher der Generalversammlung.
Extra-Opernvorstellung
 Sonntag, den 2. Februar, 3 Uhr nachmittags,
 im Deutschen Opernhaus (Charlottenburg):
Mozart: Figaros Hochzeit.

Deutsches Schauspielhaus Tragödie des Sophokles: Elektra.	Deutsche Oper in Charlottenburg Beethoven: Fidelio.
Thalia-Theater Gorki: Die Feinde.	Herrnfeld-Theater Nansen: Eine glückliche Ehe.
Lessing-Theater Sonntag, 23. März Extravortrag: Die Weber. 6. April: Glaube u. Heimat.	Abendabteilungen (8 Uhr): Sudermann: Der gute Ruf. (Abendkarten a 1,20 M. sind in den Zahlstellen zu haben.)

Residenz-Theater: Francillon.
 Die Geschäftsstelle: G. Winkler.

„Clou“ :: Berliner ::
 Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
 Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Grat.
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
 An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt
 Arnold Scholz Hasenheide 108/114
 Heute Mittwoch, den 22. Januar 1913:
Elitetag.
Bockbierfest in d. bayerisch. Alpen.
 Im neuen Saal: Großer Ball.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
 Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf.
Voranzeige! Keine Fleischnot!
Gr. Prager-Schinken-Essen von Lucullus
 Portion 80 Pf.

Brauerei Friedrichshain
 am Königstor.
 Heute Elitetag! Das größte amüsanteste
Bayerische Bockbierfest.
 Außerdem: Das Kostüm in 10 Minuten.
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Urania
 Wissenschaftliches Theater.
 Taubenstraße 48/49.
 8 Uhr:
 Paris und die Königschlösser von Versailles.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
 Allerhand Wege zur Art-
 erhaltung.

Zirkus Albert Schumann.
 Heute Mittwoch, 22. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Parade-Vorstellung.
 Berlins größte Attraktion!
Cäsarios
 Löwen- und Tigergruppe.
 Wiedervorführung
 des höchstwertigsten Löwen Hercules.

Voigt-Theater.
 Heute Mittwoch, den 22. Januar:
Volksohn und Fürstenkind.
 Volksstück in 4 Akten v. F. Heffe.
 Aufführung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
 Boranzeige! Mittwoch, 23. Jan.,
 Benefiz für Kurt Baumeister:
 Kean von Barnes.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
 Kinder
 vom Stamme der Igorroten.
 Lebend! Ohne Extra-Entree!

Folies Caprice.
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
 In Sachen Rahenlein.
 Die Doppelkirma.
 Die Tochter der Braut.

Germania-Prachtsäle
 N. Chausseestr. 110. K. Richter.
 Heute Mittwoch:
Paul Mantheys
lustige
Sänger.
 Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
 Nachdem Froitzan.
 — Vorzugskarten gelten. —
 Morgen Donnerstag:
Großes Bockbier-Konzert.

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, 22. Januar,
 abends 7 1/2 Uhr:
 Einzig in der Welt dastehend!
Mac Norton
 genannt das menschliche Aquarium
 hat sich bereit erklärt,
 jeder genauesten Unter-
 suchung bei seinen Vor-
 führungen zu unter-
 werfen.
 Der Aeroplan im Zirkus
 (Ein Akt als Aviatiker I!)
 sowie die gesamten neuen
 Januar-Attraktionen. Z. Schluss:
„Sevilla“

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
 Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater
 Stettiner Sänger.
 Zum Schluss:
Cavalleria
schufficana.
 Diabolisch-
 infrenetische
 Oper.
 Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater
 Zeltstr. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lohnpolse:
Am grünen Strand
der Spree!

Theater Königstadt-Casino.
 Ede Polmarz u. Alexanderstr.
 1 Minute v. Bahnh. Samowigbrücke
 Tägl. abds. 1/2, Sonn. 1/2, 1/2 Uhr:
Zwei rote Rosen.
 Burleske in Gesang — und das
 groß. Spezialitätenprogramm
 Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Admiralspalast.
 Allabendlich:
 Das neue mit durchschlag
 Erfolg aufgef. Eisbalet
Flirt in St. Moritz
 1. Akt: Winterport in
 St. Moritz. 2. Akt: Sairee
 im Luxushotel.
 3. Akt: Japanisches Fest
 Unter Mitwirkung
 der kl. Charlotte.
 Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.
 Preise. Wein- u. Bier-Abt.
 Für den Inhalt der Inserate
 übernimmt die Redaktion dem
 Publikum gegenüber keinerlei
 Verantwortung.

Öffentliche politische Versammlungen.

Öffentliche Versammlung am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schloß Weißensee, Berliner Allee 205.

- Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Emil Unger. 2. Vortrag des Landtags-Abgeordneten Adolf Hoffmann: "Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes".

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2. 3-7. Sonntags 10-12. 2-4

Mein Urteil steht fest,

daß Ihr "Wacholder-Extrakt Medico" von ausgezeichneter Wirkung ist und daher der leidenden Menschheit nicht warm genug empfohlen werden kann.

Reichels Wacholder-Extrakt Marke "Medico" ist niemals ausgenommen, sondern garantiert rein und frisch nur in Original-Verpackungen...

Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Es gibt immer noch Mütter, welche ihren Säuglingen zuviel Kuhmilch geben und dadurch deren Ernährung stören.

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletots nach Maß, schick, schnell. Zusatzen von 25 Mark an Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bors.)

Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 63.

Pelle der Eroberer. Roman in zwei Bänden 217/5* von Martin Andersen Nexö. Zwei Bände gebettet 8 M., in Halbleinen 10 M.

Verkäufe.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinen Raystoffen 30-40 Mark, Damen 6-14 Mark.

Herrenanzüge 5 Handbleibhaus, Herbermanns Kaufgelegenheit. Extrablühige Jagdanzüge, weinrotansig.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Beiten! Neue Beiten 6,90! 9,75! 12,75! Brautbetten 15,75! 18,75!

Leihhaus "Brunnen" und Verkaufsgeschäft. Betten, Stand 9,-, Braunerstr. 118, Ecke Ullendorferstr.

Wintersonnengläser und Winterpaletots von 6 Mark (sowie Herren von 1,50, Herodanzüge von 12,00).

Leihhaus Moritzplatz 58A! lauten Sie (spottbillig) von Kapazitäten wenig getragene Jagdanzüge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils aus Seide.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Möbel ohne Geld! Bei flemer Anzahlung geben Wirtschäften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisermäßigung, auch Waren aller Art.

Tischlermeister gibt Möbel auf Teilzahlung bei beliebiger Anzahlung zum Kaufpreis.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

Levadia! (Jederballe) in allen Größen, für die Hälfte des Wertes.

JUNO 25fg Cigarette Josefine. Advertisement for Juno cigarettes featuring a woman's face and the brand name.

Arbeiter-Wohnungseinrichtungen in großer Auswahl. Räumlich, gediegen und funktionstüchtig.

Metallbetten, zwei, modern, Ränder mit polierfähig verchromt.

Privatleuten verkaufe englische Kuchenschneidemaschine, noch neu, mit hochmodernem Schneidwerk.

Hochmoderne Kuchenschneidemaschine mit reichender Kucheneinrichtung.

Harmonium, diverse, wenig gebrauchte, räumungs halber billig abgegeben.

Musikinstrumente. Ruhmampiano, reiche schwere Schalldeckel, kreuzförmig.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Annahmestellen für "Kleine Anzeigen". Berlin C. A. Bahndamm, Adersstr. 174.

Bilder. Bilder, billige Bezugsquelle, solide Preise für Einrahmungen.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Kaufgesuche. Platinabfälle, alte Goldblöcke, Strichgold, Silber, Messing, alte Uhren.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Vermietungen. Wohnungen. Ideal-Passage, Reußstr., Wohnungen von zwei Zimmern mit Küche.

Wohnungsfürsorge in Berlin.

Die Stadt Berlin will jetzt endlich eine Wohnungsfürsorge schaffen. Der Magistrat hat den Stadtverordneten...

Die Begründung sagt auch, warum der Magistrat nicht erst noch darauf gewartet hat, welchen Erfolg seine im Juli 1912 an die Staatsregierung gerichtete, bisher unbeantwortet gebliebene Eingabe um Uebertragung der Wohnungspolizei haben wird.

Als ersten Teil der Aufgabe nennt die Vorlage die amtliche und unparteiische Erforschung der Zustände, wie sie wirklich sind. Es seien in der Öffentlichkeit dauernd so viele Behauptungen über die im Berliner und Großberliner Wohnungswesen herrschenden Zustände aufgestellt worden, daß es nicht länger angehe, sie ohne amtliche Klarstellung und, wenn nötig, Widerlegung zu lassen.

Die zweite Aufgabe soll die sein, im Rahmen des Erreichbaren die Mißstände im Wohnungswesen abzustellen. Zu diesem Zweck soll praktische Wohnungspflege getrieben werden, wobei das Moment der polizeimäßigen Kontrolle möglichst in den Hintergrund treten soll.

Die Mieter können freilich die ihnen gegebenen Ratschläge oft infolge ungünstiger Einkommensverhältnisse nicht befolgen, können für eine große Familie keine entsprechend große Wohnung mieten, müssen in ihre kleine Wohnung sogar noch Schlafgänger hineinnehmen usw.

An die Spitze der Organisation soll eine Deputation gestellt werden, die sich mit den großen Aufgaben im allgemeinen zu befassen hätte. Der Schwerpunkt der praktischen Tätigkeit wird aber in einer besonderen Dienststelle liegen, in dem Wohnungsamte, das aus Berufsbeamten gebildet wird.

Die Vorlage ist für die nächste Stadtverordnetenversammlung auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Im dritten Kreis steht uns das Lokal „Dranienshaus“, Draniensstraße 70, Ecke Kommandantenstraße 43 (Zuh. Veermann), zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Zu Sprechstunden (T.B.) ist nur das Saallokale von Dahl frei. Alle übrigen Saallokale sind für die organisierte Arbeiterschaft gesperrt.

In Prenzlauer Berg ist das Lokal von Ebel, Mühlentstraße 9, für organisierte Arbeiter gesperrt. Rummebrunn steht uns im alten Ortsteil von Prenzlauer Berg nur das Lokal von H. Schulz, Mühlentstraße 21, bedingungslos zur Verfügung.

Dritter Kreis. Am Sonnabend, den 26. Januar, feiert der Wahlverein im Gewerkschaftsgebäude sein 22. Stiftungsfest. Für ein gutes Programm ist gesorgt. Bei dem billigen Eintritt von 30 Pf. hofft der Vorstand auf zahlreichen Besuch der Mitglieder und ihrer Angehörigen.

Mariensfelde. Am Donnerstag, den 28. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Friede, am Steuerplatz 7, die Fortsetzung des Kuriums über die Technik der Landtagswahlen statt.

Rosen. Am Donnerstag, den 28. d. Mts., abends 8 Uhr, findet bei Scherker gemeinschaftlich mit dem Dabendorfer Wahlverein der erste Vortragsabend über die Technik der Landtagswahlen statt. Referent: A. Heinig - Groß-Lichterfelde.

Wahllokal (Ostbahn). Die Gemeindevorläuferliste liegt nur bis zum 30. Januar im Rathhaus während der Geschäftszeit von 8 bis 8 Uhr zu jedermanns Einsicht aus. Besonders die Parteigenossen wollen dafür sorgen, daß die Gemeindevorwähler sich von ihrer Eintragung in die Wählerliste überzeugen.

Vernau. Freitag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Rich. Wünsche (Gewerkschaftslokal) der zweite Vortrag des Genossen Zimmermann über Räumertennis statt.

Berliner Nachrichten.

Jahresbericht der Arbeiterbildungsschule.

Das vor 21 Jahren vom verstorbenen Genossen Liebknecht gegründete Institut zur Hebung und Vertiefung der Arbeiterbildung hat wiederum eine Etappe fleißigster Arbeit und rühmlichsten Fortwärtstrebens überschritten. Der Bericht über die Tätigkeit vom 1. Oktober 1911 bis 30. September 1912, den die Leitung der Arbeiterbildungsschule herausgegeben hat, gibt eine interessante Uebersicht von dem segensreichen Wirken dieser für die Arbeiterklasse einfach unentbehrlichen Lehranstalt.

Mit dem Besuch der einzelnen Lehrer kann die Schule bis auf eins, „Sozialpolitik“, zufriedener sein. Die Teilnahme kann sogar als eine sehr gute bezeichnet werden, da die Zahl der eingeschriebenen Hörer von 66,3 Proz. in „Gesetzeskunde“ bis auf 90 Proz. in „Nationalökonomie“ stieg.

Auch die Sonntagssammlungen waren durchweg stark besucht und die wissenschaftlichen und künstlerischen Vorträge fanden ungeteilten Beifall.

Als Lehrer waren im Berichtsjahre folgende Herren tätig: Julian Vorwardt, Ernst Däumig, Emil Dittmer, Emil Eichhorn, Max Grünwald, Konrad Gänisch, Juda Rubin, Georg Schmidt, Emanuel Wurm.

Hörerkarten wurden im 4. Quartal 1911 861 an 706 Mitglieder, im 1. Quartal 1912 1112 an 867 Mitglieder und im 2. Quartal 1912 598 an 501 Mitglieder ausgegeben.

Im 4. Quartal 1911 waren 1067 Mitglieder eingeschrieben (66 Damen, 1001 Herren); von diesen besuchten:

Table with 3 columns: keine Kurse, drei Kurse, vier Kurse, zwei Kurse, fünf Kurse. Totals: 361, 578, 108, 19, 14.

Im 1. Quartal 1912 waren 1453 Mitglieder eingeschrieben (132 Damen, 1321 Herren); von diesen besuchten:

Table with 3 columns: keine Kurse, drei Kurse, vier Kurse, zwei Kurse, fünf Kurse, sechs Kurse. Totals: 684, 428, 141, 83, 8, 2.

Im 2. Quartal 1912 waren 1026 Mitglieder eingeschrieben (90 Damen, 936 Herren); von diesen besuchten:

Table with 3 columns: keine Kurse, drei Kurse, vier Kurse, zwei Kurse, fünf Kurse. Totals: 595, 426, 60, 9, 5.

Im Geschäftsjahre 1911/12 ließen sich an Mitgliedern einschreiben 1811, darunter 4 Jahresmitglieder (154 Damen, 1657 Herren). In bezug auf die Zugehörigkeit zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation gehörten ersterer 67, letzterer 418, beiden Organisationen 1076 an, während 250 keine Angaben gemacht haben.

Ueber die Altersstufen der Mitglieder wurde folgendes festgestellt: Unter 20 Jahre 174, 20 bis 30 Jahre 1401, 30 bis 40 Jahre 372, 40 bis 50 Jahre 55, 50 bis 60 Jahre 7 Mitglieder.

1651 Mitglieder haben den Beruf angegeben. Es sind darunter auch folgende Gewerbe vertreten: Ehefrauen 10, Zeichner 10, Kaufleute 8, Bildhauer 8, Kantoristinnen 8, Stenotypistinnen 7, Techniker 7, Schriftsteller 5, Bankbeamte 3, Buchhalter 3, Chauffeure 3, Gastwirte 3, Redakteure 3, Metzger 2, je 1 Artistin, Buchhalterin, Dentist, Dentistin, Diener, Directrice, Drogist, Inspektor, Journalist, Jubelier, Klavierstimmer, Korrektorin, Laborant, Lehrer, Musiker, Photograph, Photographin, Präparator, Rechtsanwalt, Reisender, Schornsteinfeger, Schriftstellerin, Stenograph, Stickerin und Studentin.

Ein erfreuliches Resultat hat auch die Bibliothek zu verzeichnen. Sie verfügte am Schluß des Geschäftsjahres über einen Bücherbestand von 2612 Bänden, 201 Bände mehr als am Schluß des vorigen Jahres. Die Bibliothek war insgesamt an 178 Tagen geöffnet. Ausgeliehen wurden 3041 Bände, die Ausgaben für Neuanschaffungen, Ergänzungen und Buchbinderarbeiten betrugen 253,10 M.

Aus der folgenden Tabelle ist zu ersehen, wieviel Bände in jedem Wissensgebiete vorhanden sind und wieviel davon ausgeliehen wurden.

Table with 3 columns: A. Politik, B. Gesetzgebung und Statistik, C. Geschichte, D. Naturwissenschaften, E. Philosophie, F. Literatur, G. Pädagogik, H. Kunst und Technik, I. Politische und gewerkschaftliche Protokolle, K. Revuen, Zeitungen usw., L. Fremdwörterbücher, Lexika und Nachschlagewerke.

Es sei hier erwähnt, daß den Mitgliedern Gelegenheit gegeben war, sich verschiedene wissenschaftliche Werke durch Vermittelung der Bibliothek selbst anzuschaffen, wovon reichlich Gebrauch gemacht wurde.

Es haben sieben Sonntagssammlungen stattgefunden, die von 2486 Personen besucht waren. Es wurden daselbst folgende Themas behandelt: Rückblick auf die Dresdener Hygieneausstellung, Goethe, Entwicklungstendenzen der Woh-

nungskunst, Die Entwicklung des Lebens im Weltraum, Monarchie oder Republik, Der heilige Antonius von Padua, Die Berliner Denkmäler und der Volkswitz, Dunter Abend, Nieder zur Laute und Rezitationen.

Zum 21. Stiftungsfest hatte die Schulleitung einen Richard Wagner-Abend veranstaltet, an dem Teile auf „Lohengrin“ und „Tannhäuser“ unter Mitwirkung bewährter und bekannter Künstler aufgeführt wurden.

Außerdem wurden Familienausflüge unternommen und Besichtigungen von sehenswerten Betrieben, Erziehungsheimen usw. veranstaltet. Alles in allem zeigte sich, daß die Schule auch in diesem Lehrjahre wieder segensreich gewirkt und sich große Verdienste um die Aufklärung und Weiterbildung des arbeitenden Volkes erworben hat.

Der Hauswirt als Türhüter.

In Berlin hat so ein Hauswirt schon seine liebe Not. Nach allem muß er selber sehen, wenn Ordnung in seiner Mietskaserne herrschen soll. Wird man glauben wollen, daß ein Hauswirt in eigener Person sogar auf der Lauer liegen muß, um die Haustür zu bewachen?

Ein Eigentümer des Hauses Chodowickistraße 41, ein Schlägermeister Pflugradt, freut selbst vor dieser Mietskaserne zurück. Seit längerer Zeit fröhnt an ihm der Grimus über Zeitungs- und Frühstücksböten, die im Morgengrauen sein Haus betreten. Er verlangt, daß bei ihm die Haustür nicht zu zeitig aufgeschlossen oder dann mindestens wieder zugehört wird.

Schon öfter hat es im Hause Chodowickistraße 41 recht lebhaftes Gerede gegeben, wenn einer Zeitungsfrau oder einem Baderboten im dunklen Hausflur plötzlich der Eigentümer Pflugradt entgegentrat. Herr Pflugradt führt den Kampf um sein „Hausrecht“ nicht nur mit kräftigen Worten, sondern wird gelegentlich auch handgreiflich. In der vorigen Woche hat eine „Vorwärts“-Aus Trägerin in diesem Hause mit dem Herrn Hauswirt einen Zusammenstoß gehabt, der leicht für sie schlimm hätte enden können.

Als sie um 1/7 durch die offenstehende Haustür in den Flur gelangt war, sah sie sich plötzlich einem Manne gegenüber, der mit ausgedehnten Armen ihr den Weg sperkte. Es war Herr Pflugradt, der zu so früher Stunde sich wieder mal der Mietskaserne unterzog, Handstärkontrollen zu üben. „Wer hat das Haus aufgeschlossen?“ eramierte er in scharfem Ton. „Geben Sie einen Haus Schlüssel?“ Die Frau verneinte, aber er befohl: „Schließen Sie sofort das Haus zu!“ Sie seufzte, antwortete sie, „daß ich keinen Schlüssel habe.“ Da packte der große starke Mann die kleine schwächliche Frau bei der Hand und bog ihr mit kräftigem Griff die Finger zurück, um zu sehen, ob sie etwa doch einen Schlüssel verbarg.

Ob Herr Pflugradt weiß, daß die Tätigkeit eines Zeitungsfrau- oder Frühstücksböten denn doch sehr viel weniger angenehm ist als die eines Schlägermeisters und Hauseigentümers? Hat der Herr sich schon mal klar gemacht, wie diese Leute in sein Haus hineingelangen sollen, wenn seine Mieter in der Morgenstunde die Wohnung verlassen müssen und rechtzeitige Lieferung des Frühstücks wie bei der Zeitung verlangen? Wir sind gespannt darauf, ob Herr Pflugradt den Kampf um die Haustür, den er gegen Zeitungs- und Frühstücksböten führt, forschen wird. Tut er das, dann wird er es vielleicht dahin bringen, daß Zeitungsfrauen und Baderboten sein Haus zu früher Stunde nicht mehr betreten.

Mag sein, daß das Herrn Pflugradt sehr angenehm wäre. Was würden seine Mieter dazu sagen?

Wenns einer von der Polizei ist!

Auf den Bahnsteigen kann man täglich beobachten, daß Personen, die noch rasch in einen schon abfahrenden Zug steigen wollen, von den Bahnbeamten energisch daran verhindert werden. Mit Recht! Dem es lohnt sich wirklich nicht, um eine kurze Spanne Zeit Leib und Leben zu riskieren. Man hat das auch schon mit einem Strafmandat büßen müssen und konnte mit Groll im Herzen zwei schöne harte Taler herappen. Doch keine Regel ohne Ausnahme.

Als sich kürzlich auf dem Bahnhof Friedrichstraße ein Zug bereits in Bewegung gesetzt hatte, kam noch in aller Eile ein Polizeioffizier dahergestellt, um sich auf das Trittbrett zu schwingen. Nach den Dienstvorschriften und den üblichen Gepflogenheiten des Bahnpersonals hätte man nun annehmen sollen, daß der Offizier am Auffpringen verhindert worden wäre. Weit gefehlt! Der Bahnbeamte gedachte seine Hände nicht dazu, den Herrn Polizeioffizier zurückzubalten, sondern ihn in das Abteil des fahrenden Zuges hinein zu bugsiieren.

Gewiß, an sich ist das kein weltbewegendes Vorgang, aber er fällt auf. Wir wissen ja aus der täglichen Erfahrung, daß Polizeibeamte, besonders höhere, auf der Straßenbahn mitgenommen werden, bezüglichen Offiziere der Truppe, wenn auch schon die vorgeschriebene Anzahl von Fahrgästen auf dem Wagen ist und kurz vorher Zivilpersonen abgewiesen wurden. Man hat auch schon beobachtet, daß Wagenführer langsamer fahren, wenn ein Offizier unterwegs abbringen wollte. Es liegt dies nicht an den Angehörigen, es ist der militärische Geist, der mit seinem verberberischen Einfluß unser ganzes öffentliches Leben durchdringt.

Familienstragdie in Reudän.

Eine furchtbare Familienstragdie spielte sich Montag abend in Reudän im Hause Barthstr. 13 ab. Dort hat der frühere Gastwirt Ernst Fabian im Seitenflügel in der ersten Etage eine kleine Wohnung inne. Fabian, der seit 14 Jahren verheiratet ist und drei Kinder hat, hatte vorgestern vormittag mit seiner Frau einen heftigen Wortwechsel. Gegen 7 Uhr abends bemerkten Hausbewohner, daß aus der Wohnung ein Gasgeruch drang. Erst gegen 11 Uhr, als

